

Wdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Rückstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Sonntag, 13. August 1922.

Nr. 189.

Die Mostauer Blutrache.

In den vielen Jahrhunderten der Entwicklung der menschlichen Gerechtigkeit ist dem Kulturmenschen die Todesstrafe zum Abscheu geworden. Insbesondere haben alle revolutionären, aufstrebenden Klassen, die sich an die schiedene, eine verrottete und verfaulende Gesellschaftsordnung durch eine höhere zu überwinden, den Kampf gegen die Todesstrafe geführt. So verabschiedete es schon das aufkommende Christentum, einen Menschen, sei es auch für das größte Verbrechen, zu töten, und auch das Bürgertum hat in seiner revolutionären Zeit es bekämpft, vergossenes Blut wieder durch Blut zu sühnen. Die edelsten Geister des Bürgertums, Klopstock, Lessing, Herder, Schiller, Wilhelm von Humboldt, haben in ihren Schriften die Todesstrafe bekämpft, der theokratischen, josephinischen aufgeklärten Absolutismus, der von den Gedankengängen des revolutionären Bürgertums beeinflusst war, hat die Todesstrafe aufgehoben. Auch die bürgerliche Revolution von 1848, als deren stolze Erbin sich die revolutionäre Arbeiterklasse von heute fühlt, hat die Todesstrafe in den Grundrechten des deutschen Volkes vom 27. Dezember 1848 abgeschafft. Und es war ein Zeichen der Erstarrung der Reaktion, als 1851 die Todesstrafe in Deutschland wieder zur Einführung gelangte. Selbst im zaristischen Russland, in demselben Russland, wo die Bolschewiki vor einigen Tagen über vierzehn Sozialrevolutionäre die Todesstrafe verhängt haben, hat die erste Duma im Jahre 1906, da noch die Revolution des Jahres zuvor nachwirkte, sich mit großer Entschiedenheit gegen die Todesstrafe gewendet. Die Sozialdemokratie, die Partei der revolutionären Arbeiterklasse, hat immer und immer wieder auf das Barbarische der Todesstrafe hingewiesen, der internationale sozialistische Kongress in Kopenhagen hat sich 1910 für ihre Abschaffung im Namen des gesamten sozialistischen Proletariats der Welt erklärt. Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten haben im Wiener Parlament 1911 ihre Abschaffung gefordert und unsere Abgeordneten haben im April 1921 in der Prager Nationalversammlung diesen Antrag neuerlich gestellt. So hat der internationale Sozialismus niemals und bei keiner Gelegenheit unterlassen, auf das Menschenunwürdige der Todesstrafe hinzuweisen, aus Achtung vor allem, „was Menschenantlitz“ trägt.

Ja sogar die Kommunisten, die sich heute zu blutigen Henkern degradieren, haben, als als sie noch bessere Tage sahen, keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie auf die stolze sozialistische Tradition, die Bekämpfung der Todesstrafe, nicht verzichten. So hat Rosa Luxemburg, die geistige Begründerin der kommunistischen Partei Deutschlands, in dem von ihr entworfenen Spartakusprogramm ausdrücklich festgelegt:

„In der bürgerlichen Revolution waren Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unem-behrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen. Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Die ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modellieren, sondern die Aktion der großen Massenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit umzusetzen.“

Die Kommunisten selbst fühlten auch noch während der schändlichen Justizkomödie, die sie ausgeführt haben, daß ein Todesurteil den Aufschrei der gesamten Arbeiterschaft zur Folge haben würde, und bequemen sich daher in Berlin, als die Konferenz der drei Internationalen tagte, zu einer Erklärung, die man ihnen wieder angelehnt der Verhängung der Todesstrafe über die Sozialrevolutionäre ins Gedächtnis rufen muß:

Die Konferenz nimmt Kenntnis von der Erklärung der Vertreter der kommunistischen Internationalen, daß in dem Prozeß gegen die 47 Sozialrevolutionäre alle von diesen gewünschten Verteidiger zugelassen werden, daß, wie in der Sowjetpresse

Das Kompromiß schwer gefährdet.

Neue Drohung mit einer französischen Sonderaktion.

London, 12. August. 20 Uhr. (Reuter.) Die Verhandlungen des Experten Ausschusses sind beim Antrage betreffend die Kontrolle der deutschen Gruben und Wälder ins Stocken geraten. Diese Frage muß neuerdings den Ministerpräsidenten vorgelegt werden. Die Klust zwischen den Alliierten ist tiefer als je zuvor. Frankreich drängt darauf, daß das Deutschland gewährte Moratorium am 31. Dezember 1922 beendet sein müsse, wogegen die britischen und belgischen Delegierten eine noch längere Frist beantragen. Der französische Standpunkt bleibt unverändert, da Poincaré, der die deutschen Versprechungen für gänzlich ungenügend hält, die Gewährung eines Moratoriums verweigert. Wenn Frankreich diese Garantien nicht erhält, so behält es sich Handlungsfreiheit vor.

Paris, 12. (Havas.) Poincaré ließ gestern von seinem Programme in keiner Weise ab, sondern blieb unverändert bei seiner Meinung, daß ein Moratorium nur dann annehmbar sei, wenn Deutschland Garantien gebe, die sofort produktiv wären. Die englische Regierung hat, wie es scheint, die Grundsätze dieses Programms angenommen, doch die in ihrem Gegenorschlag angeführten Garantien scheinen Poincaré gänzlich ungenügend zu sein. Es kam zu keiner endgültigen Einigung.

Gegenüber einigen Blättermeldungen ist es nötig zu bemerken, daß Poincaré in Uebereinstimmung mit dem Standpunkte von Louis Dubois ursprünglich in der Reparationskommission verlangt hatte, daß Deutschland ein Moratorium verweigert werde. Mit Rücksicht auf die Absichten der anderen Verbündeten war die französische Regierung aber genötigt, für das Moratorium einzutreten, verlangte aber und wird auch weiterhin zweckdienliche Garantien und Pfänder verlangen und sich freie Hand vorbehalten, falls sie jene nicht erhalten sollte.

Lloyd George hat freie Hand.

London, 12. August. (Reuter.) In der heutigen Vormittagsitzung des britischen Kabinetts wurde einstimmig beschlossen, Lloyd George in den Verhandlungen über das Moratorium an Deutschland volle Unterstützung zu gewähren. Bitters wurde beschlossen, dem Premierminister in dieser Angelegenheit vollkommen freie Hand zu lassen. Da der Sachverständigenausschuß bis jetzt die Prüfung der ihm überwiesenen Vorschläge noch nicht beendet hat, wird die nächste Sitzung der Konferenz nicht vor Montag stattfinden.

Milderung der Gegenläge in London.

London, 12. August. (Antliches Radio.) Experten prüften gestern abends die britischen Gegenanschläge für ein Moratorium, wie sie im Laufe der gestrigen Unterredungen zwischen dem alliierten Ministerpräsidenten formuliert worden waren. Heute früh setzte der Ausschuß seine Arbeiten fort. — „Daily Telegraph“ beurteilt die Situation folgendermaßen: Seit gestern ist die Hoffnung auf eine Lösung des Problems größer geworden, obwohl man nicht behaupten kann, daß eine Einigung bereits erfolgt ist. Diese Vertrauensseligkeit wäre nicht am Platze. Es kann jedoch gesagt werden, daß der atmosphärische Druck sich einigermaßen gemildert hat, seitdem der Premierminister gestern seine lange Aussprache mit Poincaré und Rheunis beendet hat.

Die bisherigen Vereinbarungen.

Paris, 12. August. (Havas.) Die mehrstündige Debatte, in welcher Poincaré, Lloyd George und Rheunis die englischen Gegenanschläge prüften, hat zu folgendem Ergebnis geführt: Man ist darin einig, die Einhebung von 26 Prozent auf die deutsche Ausfuhr zu genehmigen, ferner die Beschlagnahme der deutschen Jolleinnahmen und die Kontrolle der deutschen Reichsbank durch den Garantenausschuß, der in Berlin tagen, den Papierumlauf, die Ausgabe von Schapanweisungen und die Aufstellung des Haushaltes überwachen, sowie die Kapitalflucht verhindern wird. Die Wiederaufrichtung der Zollgrenze am Rhein, die Zollgrenze im Ruhrgebiete, die Beteiligung von 60 Prozent an der chemischen Industrie auf dem linken Rheinufer und die Einhebung von Steuern wurde nicht zugestanden, da alle Alliierten einschließlich Belgiens sich widersetzten. Die Debatte bezüglich

bereits vor der Konferenz festgestellt wurde, in diesem Prozeß die Verhängung von Todesstrafen ausgeschlossen sein wird.

Es ist also ein Schänder, in der Arbeiterbewegung beispiellos dastehender Wortbruch, den die Kommunisten begangen haben und für den ihnen die Verantwortung der Arbeiterschaft aller Länder gewiß ist. Schon deswegen wird die Geschichte über sie als die Vesudler des ehrlichen Namens der kämpfenden Arbeiterschaft ihr unerhittliches Urteil sprechen.

der Staatsbergwerke und der Staatsforste auf dem linken Rheinufer geht weiter. Auf englischer Seite erwägt man die Möglichkeit einer Kontrolle, welche die Sachverständigen noch näher von der technischen Seite festzustellen beauftragt wurden. Die Sachverständigen treten im Laufe des heutigen Nachmittages und morgen Vormittag zusammen. Sie werden ferner den Teil der englischen Vorschläge prüfen und näher feststellen, der sich auf die Möglichkeit der Ausgabe der Anleihen für die Reparationen bezieht. Die drei Regierungshäupter hatten noch eine längere juristische Debatte betreffend die Ausführung des Vertrages. In französischen Kreisen ist man sehr zurückhaltend. Man verzichtet jedoch nicht darauf, an die Möglichkeit eines Einvernehmens zu glauben. Es ist voranzusehen, daß die Besprechungen sich bis Montag hinziehen werden.

Die Markt steigt.

Berlin, 12. August. (Eigenbericht.) Die Aussicht auf eine Verständigung in London rief bereits gestern an den ausländischen Börsen eine günstigere Stimmung für die deutsche Markt hervor. In Berlin machte sich heute vormittag eine lebhaftes Angebot in ausländischen Zahlungsmitteln bemerkbar, insbesondere Dollar wurden angeboten. Die Börse, die heute nur für den Devisenverkehr geöffnet war, notierte Dollar mit 770—790, nachbörsllich 781 gegen gestern 868. Das englische Pfund fiel von 3875 bis 3495, der Schweizer Frank 165—148, die tschechische Krone von 2157 auf 2072.

Klarheit über das Attentat auf Scheidemann.

Kassel, 12. August. Die Oberstaatsanwaltschaft teilt mit, daß der Anschlag auf den Oberbürgermeister Scheidemann nunmehr völlig aufgeklärt ist. Die in Kassel festgenommenen Angeeschuldigten Huster und Dehlschlager haben einen umfassendes Geständnis abgelegt. Dehlschlager trug in einem Blechbehälter die Blausäure spritze, ferner führten sie eine Repetierpistole mit sich. Als sie den Oberbürgermeister fallen sahen, hielten sie ihn für erledigt und ergriffen die Flucht.

Ueber dem moralischen Tiefstand, den die kommunistische Bewegung der Welt zeigt, indem sie dieses schmachvolle Urteil verteidigt, steht hoch die Unerlöschlichkeit und Tapferkeit der Angeklagten. „Seit dem Augenblick“, sagte einer von ihnen, „in dem wir in ihre Hände gefallen sind, sind wir davon überzeugt, daß sie das Todesurteil gegen uns fällen werden. Aber von dieser Anklagebank werden sie keine Bitte um Gnade hören.“ Mit dieser Würde, die die Angeklagten zur

Schau trugen, vergleiche man nun die Würdelosigkeit der Ankläger und derjenigen, die das Todesurteil zu rechtfertigen suchen. Dabei haben sich die Mostauer Richter gleich Qualen ausgedacht, die der mittelalterlichen Tortur so ähnlich sehen, wie ein Ei dem anderen. Man will die Verurteilten quälen um feilsch zugrunde richten, lebt doch jeder in der Ungewissheit weiter, ob nicht im nächsten Augenblick sein Leben ein Ende finden wird. Dadurch hat sich die Sowjetregierung den barbarischsten Despoten aller Zeit an die Seite gestellt und das Regime der blutigen Romanows noch übertroffen.

Unter den kleinen Seelen, die ob dieses Todesurteils ein jämmerliches Verteidigungs-gestammel versuchen, befindet sich natürlich auch der Reichenberger „Vorwärts“. Dieses etruskische Kamyflatt der Reichenberger Arbeiterschaft, das allgemach jeden Verbrecher verteidigt, sobald er nur auf die Mostauer Parole schwört, spricht von einem „Wutgeheul der Konterrevolutionäre“. Wir möchten an den „Vorwärts“, die strikte Anfrage stellen, ob denn Maxim Gorki, Anatole France und der große französische Revolutionär Henri Dabusse, der vielleicht wie keiner im Kriege das Gewissen der Menschheit aufgerüttelt hat und sich selbst zur kommunistischen Partei bekennt, auch so wutheulende Konterrevolutionäre sind und ob die französische kommunistische Partei, deren Zentralorgan sich mit Leidenschaft gegen die Blutrache der Mostauer gewendet hat, aus lauter Konterrevolutionären besteht? Hat doch selbst Saboul, der französische Kommunistenführer, der Meuterer der schwarzen Meeresflotte, die Nachhober gewarnt, indem er am Schluß seiner Rede vor den Mostauer Richtern die Erklärung abgab:

„Wenn die revolutionäre Gewalt nach Ansicht des Tribunals sich gefestigt hat und der Feind besiegt ist, so muß es durch sein Urteil den Beweis erbringen, daß die Revolution ohne Not keinen Tropfen Blut vergießt.“

Es ist eine moralische Ohrfeige, ein vernichtendes Urteil, das der „Vorwärts“ sich selbst und seiner besseren Vergangenheit gibt, wenn er das ruchlose Urteil verteidigt.

Ebenso läppisch sind die Argumente des tschechischen Organs der hiesigen kommunistischen. Wenn das „Rude Pravo“ davon spricht, daß im Kriege soviel Menschenblut vergossen wurde, daß in der tschechoslowakischen Republik auf Arbeiter geschossen wurde, daß Arbeiter ihrer politischen Gesinnung wegen monatelang im Kerker schmachten mußten, so müssen wir ihm schon sagen: Wir haben die kommunistischen Nachhober in Russland doch etwas anders eingekerkert als die verbrecherischen Gewaltthaber der Kriegszeit, und der bürgerliche Terror der tschechischen Republik gegenüber den Kommunisten gibt der Sowjetregierung durchaus nicht das Recht, gegenüber Arbeitern, die einer anderen politischen Anschauung sind, mit den gleichen Maßnahmen vorzugehen. Das Argument des „Rude Pravo“ besagt nur, daß das kommunistische Organ die kommunistischen Herrscher Russlands auf dieselbe Stufe stellt wie die bürgerlichen Gewaltthaber. Und das selbe müssen wir dem Reichenberger „Vorwärts“ allen Ernstes erwidern, nicht weil es sich uns um eine Polemik handelt, sondern weil es uns mit dieser Ueberzeugung blutiger Ernst ist — wenn dieses verkommenes Blatt uns vorwirft, daß wir nicht dagegen protestierten, als die irischen Mörder des Marshalls Wilson hingerichtet wurden, und dagegen aufregen, wenn ein Todesurteil in Russland gefällt wird. Wir haben eben den kapitalistischen Terror des mächtigsten Weltimperialisimus anders eingekerkert als Lenin und Trozki. Wir sind mit dieser Einschätzung der Führer des Kommunismus bitter enttäuscht worden.

Das Aergste, was die Kommunisten da getan haben, ist, daß sie den Namen des Sozialismus geschändet haben. Indem die internationale Sozialdemokratie gegen diese Schändung protestiert, indem sie an das Gewissen der Arbeiter der Welt appelliert, vollbringt sie eine Ehrenrettung des Sozialismus, den die Kommunisten im Munde führen, dessen moralische Kraft aber aus ihren Sätzen offenbar ersichtlich ist.

Die Krone, die steigt, und die Krone, die fällt.

Von Friedrich Kusterly (Wien).

Wenn man für den deutschösterreichischen Jammer, der nicht enden will, die letzte Erklärung sucht, so gelangt man als der entscheidenden zu der Tatsache, daß dieser „Staat“ nicht organisch gewachsen ist, vielmehr das willkürliche Produkt unbedachter und kurzfristiger Menschen ist. Staaten, die im Laufe und Wandel der Zeiten entstehen, bilden ihre Wirtschaft gemäß den natürlichen Tatsachen; die wirtschaftlichen Verhältnisse sind die Anpassung an die Bedingungen der Natur, die sie beherrschen. Ob in einem gegebenen Staate die landwirtschaftliche Produktion überwiegt oder die industrielle, ist natürlich nicht die Folge des Willens der Menschen, ist vielmehr die Folge der Summe der Tatsachen, die aus der geographischen Lage des Landes entspringen. Ein Volk kann auf einem Boden sitzen, der ergiebig, auf einem Boden sitzen, der steril ist; immer wird es sich, sein Wachstum, seine Einrichtungen diesem Boden anpassen, und ein störender Gegensatz zwischen seinen wirtschaftlichen Verhältnissen und den Bedingungen der Natur wird sich nicht einstellen. Ist in diesem Gegeßatz besteht die Annatur dieses „Staates“, den man in St. Germain „begründet“ hat, ohne darüber auch nur nachzudenken, ob ein solcher Staat zu leben vermag.

Diese Annatur ist in der Hauptsache die Riesenschatz Wien auf der Grundlage einer Bevölkerung von vier Millionen zumeist dörflichen Alpenbewohner. Stellen wir uns vor, das Gebiet und die Bevölkerung, die wir die Republik Oesterreich nennen, wäre als selbständiger Staat allmählich entstanden, so wie Staaten eben entstehen; wäre es denkbar, daß dieses Alpenland zu einer Hauptstadt von mehr als zwei Millionen Menschen gekommen wäre, diese große Stadt aus sich erzeugt hätte? Das ist natürlich ausgeschlossen; aus dem organischen Entstehen eines solchen Staates wäre wohl eine Hauptstadt von kaum mehr als einer Viertelmillion Menschen herausgebildet worden. Tatsächlich ist Wien nicht das Produkt dieser so erbärmlichen Republik, sondern das Produkt des habsburgischen Imperiums; herausgewachsen aus einem großen Staate, einer Großmacht, mit allen seinen Lebensbedingungen, auch in diesem großen Staate wurzelnd, auf einen großen Staat gewiesen. Nun ist dieser Staat zerfallen und verschunden; die Riesenschatz steht aber da, ihrer Hilfsquellen beraubt, ihrer Wirkungsmöglichkeiten beraubt — denn nur als der Mittelpunkt eines großen Wirtschaftsgebietes hatte sie Sinn und Grund; die Unmöglichkeit eines Staates, in dem ein Drittel der Bevölkerung in die eine Stadt gepropft ist, wird von der bittersten Erfahrung ununterbrochen neu erbartet.

Die Tore, denen ein verhängnisvolle Augenblick die Möglichkeit gewährte, sich als Weltmacht zu gestalten, mögen sich die Sache sehr einfach vorgestellt haben; daß es ausreichte, im „Friedensverträge“ zu „bestimmen“ und auf der Landkarte neue Grenzen zu ziehen; das Leben hat dann ihrem Diktat zu folgen. Aber wenn die berühmten alliierten und assoziierten Mächte auch in einem kurzen Augenblick sehr mächtig waren, und „bestimmen“ durften, wie und was sie wollten, das Leben ist doch stärker, und so liegen die schändlichen Friedensverträge, mit denen der militärische Sieg der Entente gesandt wurde, innerlich schon in Trümmern, obgleich ihre Ruhmstriebe sich noch immer einbilden und diese Einbildung mit hochtrabenden Worten immer von neuem versichern, daß all die Verträge als heilig und unantastbar zu gelten haben. Denn die Verträge wären nur haltbar, wenn sie allen Staaten das Dasein ermöglichen würden. Aber da sie geradezu ausschließlich von dem Gedanken geleitet waren, daß sie den „Sieger“ Leben und Entwicklung verbürgen sollen, vor dieser Notwendigkeit aber selbst die allerzwingendsten Notwendigkeiten der „Besiegten“ zu kapitalisieren haben, so mußte ihre Unmöglichkeit offenkundig werden; sie ist es auch. Denn

wie die Verträge gestaltet sind, machen sie Deutschland und Deutschösterreich eine Entwicklung, die den Krieg überwindet, schließlich unmöglich; Deutschland und Deutschösterreich geradezu mit Verwahrlosung, aber ohne Zweifel auch Ungarn, Bulgarien und die Türkei. Die Entente, die sich zu jener Zeit allmächtig dünkte, war freilich in ständiger „Verträge“ aufzulösen, die nur von dem Gedanken beherrscht werden, daß der Völkstaat, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Griechenland gut fahren; aber da die Menschheit die Zeit der Barbarei doch überwunden hat und Sieg und Niederlage auf der Schlachtfeldern nicht mehr als wie geschichtliche Episoden sind, so kann nur die Ordnung auf Bestand rechnen, die allen Völkern das Leben möglich macht. Keinem heißt, daß es ein Sklavendasein auf sich nehmen, damit ein anderes mit allem ausgestattet werde, was es zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung als notwendig erachtet.

Sehr bekanntlich, wenn auch danach vollständig vergessen und verleugnet, sollte der Friede auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen geschlossen werden. Womit haben es die Tschechen rechtfertigen wollen, daß sie den Deutschen in den Subaltenländern das Recht, ihr staatliches Recht selbst zu bestimmen, bestritten und genommen haben? Mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Tschechenstaates! Ohne Zweifel bestehen diese und ohne Zweifel mußten sie erzwungen werden. Aber gibt es nur wirtschaftliche Notwendigkeiten des Tschechenstaates, des Völkstaates (Polnischer Korridor, Teilung Oberschlesiens)? Es gehört die ganze Natur der tschechischen Sozialdemokraten dazu, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Tschechenstaates als ein geheiligtes sozialistisches Dogma auszugeben, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Oesterreichs aber einfach zu ignorieren und derart zu dem Schlusse zu gelangen, daß die ökonomischen Bedürfnisse des Tschechenstaates restlos, weit über dessen wirkliche Notwendigkeiten, erfüllt werden müssen, die ökonomischen Notwendigkeiten Oesterreichs aber ebenso restlos mißachtet werden dürften. Die Aufteilung Oesterreichs ist einfach nach dem Grundsatz vollzogen worden: dieses brauchen die Tschechen, jenes die Südslawen oder Rumänen; was die Deutschen brauchen, was sie brauchen, um nicht zu verhungern, danach wurde überhaupt nicht gefragt. Und so sind nun die neuen Staaten „gebildet“ worden: die Tschechen, die Rumänen, die Jugoslawen haben sich einfach alles genommen, was sie „brauchen“ und Oesterreich ist übrig geblieben, als ein Staat ohne Lebensmittel, ohne Rohstoffe, als ein leberunfähiger Stumpf, dem alle lebenswichtigen Organe fehlen. Aber die Weltgeschichte läßt sich nicht betrügen und die Sieger, die sich eingebildet hatten, daß es je schlechter dem Besiegten, desto besser ihnen gehen werde, daß das Unheil des anderen ihr Glück begründen werde, die erfahren es nun, daß kein Staat, keine Nation isoliert in der Welt lebt, daß vielmehr alle in einem untrennbaren Zusammenhang stehen, so daß jeder auch spürt, wie der andere leidet. Die österreichische Krone fällt und fällt, und in der schauerlichen Leuerung wird es sinnfällig, daß sich ein derart „begründeter“ Staat, dem man das genommen hat, was zum Dasein unerlässlich ist, es ihm genommen hat, obwohl es ihm nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen gehört hat, eben nicht ernähren kann. Die tschechische Krone steigt und steigt dagegen, und wenn das Fallen der österreichischen Krone ein Ausdruck der Armut des Staates ist, so das Steigen der tschechischen Krone ein Ausdruck des Reichtums dieses Landes, das eben nicht bloß die Hilfsquellen der tschechischen, sondern auch die von drei Millionen deutscher Nation sich anzueignen verstanden hat. Aber darüber hat es die Produktionskrise im Leib, die wieder beweist, daß es der Tschechoslowakei nicht besser geht, weil Oesterreich zugrunde geht, daß also eine Politik, die nichts im Kopfe gehabt hat, als wie man Oesterreich klein und arm machen könnte, keine Politik von Verstand und Einsicht gewesen ist — von anderen Tugenden nicht zu reden.

Ohne Zweifel ist von allen Uebeln, an denen Oesterreich leidet und die sich in dem Kronenkurse — ein Zehntausendstel des Friedenswertes! — so furchtbar zeigen, nicht wenig auch Schuld eines schlechten und feigen Regierens. Aber daß die tschechische Republik mit erfahrener Weisheit regiert würde, werden vielleicht nicht einmal die behaupten wollen, die sie regieren; es wird eben überall mit Wasser gekocht. Wohl wird man sagen können, daß sich die österreichische Republik auf einem ungleich bescheideneren Fuß eingerichtet hat als vor immer, und vor Steuern und Abgaben schreckt man in Wien vielleicht weniger zurück als in Prag. Es ist also doch nicht so, wie es die valentinstolzen Herren meinen: daß die österreichische Krone sinkt, ist nicht die Folge eines schlechten, daß die tschechische Krone steigt, nicht die Wirkung eines weissen Regierens, sondern beides hat seine Ursachen in dem Friedensvertrag von Saint Germain, der die Tschechen bereicherte, die Deutschen beraubte, obwohl veründet ward, daß seine Grundlage der Gerechtigkeit sein werde. Aber daß die Gerechtigkeit die Grundlage des Staates sei, haben wir in dem alten Oesterreich oft gesehen, und wie wir es damals nicht geglaubt haben, glauben wir es auch heute nicht.

Inland.

Kommunistische Journaille. Das Wort fliehet uns schwer aus der Feder und es ist das erste Mal, daß wir diese Bezeichnung auf eine Presse anwenden müssen, die von Arbeitern gelesen wird, wenn diese auch an der Haltung ebendieser Presse schuldlos sind. Aber was sich der Reichsberger „Vorwärts“ in seiner Freitagnummer leistet, sieht so tief unter dem Niveau journalistischen, namentlich proletarisch-journalistischen Anstandes, daß eine andere Qualifizierung als Journaille einfach unzutreffend wäre. Der „Vorwärts“ besetzt sich in einem Artikel mit der Rede, die Genosse Kerner bei der Eröffnung der Karlsbader Parteischule hielt und die wir unter dem Titel „Zwischenpiel“ abdruckten. Es unterlegt keinem Zweifel, daß jeder Sozialist, ohne Unterschied der Richtung, von der Klarheit, lichtvollen Darstellung Kenners von der Entwicklung und den Aussichten der sozialistischen Bewegung gepackt und innerlich bereichert werden mußte. Auch die „Vorwärts“-Leute konnten sich dieser Wirkung nicht entziehen und eben darum und weil sie sich so leicht dagegen nichts vorzubringen wissen, fallen sie wie wütende Kläffer über die Person Kenners her und bedecken sie mit Lügen und Gemeinheiten, wie sie in dieser Gestalt bisher nur von den Gelben gegen Vertrauensmänner der Arbeiterschaft angewendet wurden. Wir übersehen dabei die Schmäherung der „verzagten“ Gewerkschaftsführer und unserer Partei, welche nach dem „Vorwärts“, davon lebt, daß sie Gebendeloge an Seliger, Adler und andere feiern kann. Von Kerner erzählt der „Vorwärts“ den Arbeiter unter anderem folgendes:

„Herr Kerner, welcher, wie glaubwürdige sozialdemokratische Zeugen erzählen, zu der Stunde, da Fritz Adler Stürgch ersah, im Parteisaal ruhig Tarock spielte und das Spiel auch nicht abbrach, als die Nachricht von dieser historischen Tat bis in das Café gedrungen war...“

Wir möchten den Arbeiter sehen, der sich von einer solchen Verlogenheit und verlotterten „Bolschewik“ nicht angefaßt abwendet und wir möchten weiter den Arbeiter kennen lernen, der in seinem Blatte folgende verschleierte Verdächtigkeit eines Arbeiterführers in Ordnung findet:

„Herr Kerner hat einen Paß und übrigens ist in Marienbad der König von Jugoslawien. Herr Kerner kann sich ruhig interviewen lassen.“

Es ist tief unter unserer Würde, uns auch nur einen Augenblick lang auf das Niveau ordinaerer Preßstroche hinabzugeben. Wir zeigen

auf, wo der „Vorwärts“ angelangt ist — das genügt. Tiefer geht's nimmer.

Zur Frage der Arbeiterregierung veröffentlicht die Zeitschrift „Kommunist“ mehrere Diskussionsartikel, wovon wir einen bereits besprochen haben. Im dem zweiten schreibt der Kommunist Sula folgendes: „Fragen wir uns: warum verurteilt die kommunistische Internationale nicht statt der Arbeiterregierung die Regierung der Arbeiterräte und die Diktatur des Proletariats? Wer nicht a priori von einer Formel ausgeht, sondern vom wirklichen Stand der Dinge, der wird auf diese Frage die richtige Antwort finden. Wer von vornherein jeden politischen Kampf außer der Propaganda für die Diktatur des Proletariats ablehnt und damit sagt, daß er ein reiner Kommunist ist, ist in Wirklichkeit nicht einmal ein halber Kommunist. Denn der Kommunismus ist der revolutionäre Marxismus, und wer unter allen Umständen, unter veränderten Verhältnissen und zu verschiedenen Zeiten stets nur auf einer Formel beharren will, der kann zwar ein guter Revolutionär bleiben, ein Kommunist ist er nicht. Der voluntaristische Revolutionarismus verhält sich zum Kommunismus wie Stirners Anarchismus zum Marxismus. Dessen sollen wir eingedenk bleiben und uns nicht durch den Willen und die Phantasie in eine Unwirklichkeit verführen lassen, denn sonst laufen wir Gefahr, daß wir im wirklichen Leben, welches durch andere Umstände bestimmt wird als einzig und allein durch das Chaos einer ungeheuren Anzahl menschlicher Willen, als unschuldige Doktrinare erscheinen, die für ihr Ziel nicht anders kämpfen können als bloß mit einer einzigen stereotypen Formel.“ — Ungevolgt charakterisiert Sula damit glänzend die kommunistische Partei. Sie hat die ganze Zeit von der Diktatur des Proletariats als dem Allheilmittel gesprochen, die augenblicklichen Nöte des Proletariats zu bannen. Und plötzlich entdeckt der Herr Sula, daß die Diktatur des Proletariats eine doktrinaire Formel ist, die dem wirtschaftlichen Leben nicht entspricht. Wer nur von der Diktatur des Proletariats redet, ist nur ein halber Kommunist! Die Kommunisten mögen sich erinnern, wie es war, als sie den Kampf gegen uns begannen. Sie redeten von nichts anderem als von der Diktatur des Proletariats, und jetzt kommt wieder so ein Revolutionär, dessen große Weisheit darin besteht, daß sich die Kommunisten geirrt hätten, was darauf hinausläuft, daß die Sozialdemokraten, die die Diktatur als den Stein der Weisen immer bekämpft haben, recht behalten haben. Interessant ist auch die Ablehnung des voluntaristischen Revolutionarismus, das heißt, daß der Wille des Menschen allein genüge, um die Revolution zu vollführen. Wenn wir gesagt haben, daß die ökonomischen Verhältnisse noch nicht reif seien, hat uns Paul Schiff geantwortet, daß wir bereits in der zwölften Stunde der Revolution stehen. Jetzt schrauben die Kommunisten ihre Uhr wieder zurück. Wenn Sula jedoch die Kommunisten als unschuldige Doktrinare bezeichnet, so können wir mit ihm nicht übereinstimmen. Sie sind wohl Doktrinare, allein unschuldig sind sie leider nicht gewesen. Sie haben die Arbeiterbewegung zerschlagen, und jetzt kommen sie darauf, daß die Parolen, mit denen sie die Arbeiterbewegung zerschlagen haben, falsch sind. Der Mangel an Erkenntnis und ihre Unfähigkeit haben sie in der Geschichte des Sozialismus zu Verbrechern am Proletariat gestempelt.

Die französische Militär-Mission im Urteil eines tschechischen Blattes. Ueber die französische Militärmission äußern sich in beachtenswerter Weise die „Libere Noviny“. Sie sagen zunächst über die Stellung der Mission im allgemeinen: „Die französische Militärmission hat bei uns außer ihrer instruktiven Aufgabe auch den unmittelbaren Befehl über das Militär. Außerlich kommt dies dadurch zum Ausdruck, daß der Chef der Mission zugleich Generalstabchef ist und daß seine besten Mitarbeiter gleichfalls Angehörige der Mission sind, dann, daß von vier Militärkommandos zwei (Preßburg und Ungvar) mit französischen

Herrn Zemellas Sommerreise.

Von Hans Pilz.

Herr Josef Zemella sah auf der Hotelterrasse. Es war eine prächtig ausgestattete Terrasse, wie sie sich für ein Hotel ersten Ranges gehörte.

Herr Zemella hatte gut gekostet, schmauchte nun eine bunte Zigarre und sah hinaus auf das Meer. Er reflektierte sich in seinem Strandkorb, den die Sonne in Brand setzen zu wollen schien, er strich den vollen Magen, stäubte bedächtlich die blühweise Asche von der Zigarre, blinzelte hinauf in den stimmenden Himmel — und gestand sich, daß er einen so schönen Sommer noch nicht erlebt hatte.

Er, er, der kleine Detektive Josef Zemella im Süden! Er, Zemella, auf einer Hotelterrasse, von der man den Blick auf das Meer hatte! Er, Zemella, eine zwölfstündige Schnellzugfahrt weit von zu Hause entfernt!

Herr Zemella richtete sich plötzlich zu einer stehenden Habichtstellung auf, strich den seit drei Tagen englisch zugestupften Bart, runzelte die stahlischen Brauen und sah mit strengem Blick einer vorübergehenden Mode nach.

Das Süden! Das Meer!

Herr Zemellas Haltung wurde noch strenger, sein Blick noch kälter. Seine Augen ruhten auf dem Meere wie auf einem Diebe, der nicht gesehen will. Zum Teufel ja, es waren schöne Tage! Strahlend heiße, süßliche Sommerstage! Das war wohl sehr nett, aber nicht die Hauptsache. Nein! Die Hauptsache war, er wollte am liebsten hier. Ja, anlich. Er, er, Josef Zemella,

hatte eine ehrende Aufgabe erhalten. Die Aufgabe, einen mit allen Sinnen geschulten Gauner zu entlarven, hopyzunehmen. Da, so war es! Eine feine Sache, mit der man sich hervortun konnte. Mit der man sich, besonders da man sie nur durch einen glücklichen Zufall in die Hände bekommen hatte, hervortun mußte... Freilich, bis jetzt...

Die Brandung schlug an die Felsen, auf denen sich die Terrasse erhob. Zemella, der dieses Geräusch in der kurzen Zeit seines Aufenthalts sehr lieben gelernt hatte, horchte hin; aber es war ihm, als hörte er aus dem Brausen heraus nur den atmosphärischen Haß des Chefs:

„Zemella! Sie wissen wohl schon, warum es sich handelt; aber ich sage es Ihnen noch einmal. Dieser ausländische Kerl, der sich Attache Romillo habenbrud nennt, der aber meines Erachtens irgend ein Spitzbub mit einem ganz gewöhnlichen Namen ist — dieser Kerl ist verdächtig, der Gauner zu sein, der mit Hilfe eines gefälschten Schecks einen so rentablen Schwindel herausgesteckt hat... zwölf Millionen Kronen! Ein schöner Brocken Geld! Kein Wunder, daß uns die Bank, die um das Geld weint, von fünf zu fünf Minuten antelefoniert, ob wir den Täter noch nicht haben... Als wenn's leicht wär, einen Lumpen zu erwischen, von dem man nichts hat als sieben von-einander grundverschiedene Personenbeschreibungen... Aber um zum Schluß zu kommen, Zemella: Unseren Recherchen zufolge könnte dieser habenbrud der Fälscher sein! Machen Sie kein so fröhliches Gesicht, Zemella! Wir können ihn nicht packen, dazu sind unsere Beweise zu lächerlich dünn. Er ist vielleicht doch ein ehrlicher Kerl und ein richtiger Attache dazu. Denken Sie sich das Geschrei, wenn wir uns vergreifen, Zemella!

... Was wir tun können, ist, daß wir den Mann nicht aus den Augen lassen. Verstehen Sie?... Zemella! Die Aufgabe, den Mann zu beobachten, fällt Ihnen zu! Ehrlich gesagt, einer Ihrer Kollegen wäre mir lieber. Aber zwei davon sind krank, die anderen dort und da wichtig beschäftigt... Also los, Zemella! Unterrichten Sie sich über alle Einzelheiten des Falles! Zeichnen Sie sich aus! Ich sage Ihnen nur nochmals, die Sache ist heikel. Scharffinn und Vorsicht, Zemella! Dem Verdächtigen an die Fersen! Reisen Sie ihm nach, wenn er abfährt! Lassen Sie immer hören, was Sie unternehmen, damit man Ihnen gegebenenfalls abwinlen kann! Adieu!...“

Das war es, was die Brandung zu Zemella sprach. Und er hörte es so deutlich, daß er die Umgebung vergaß und laut antwortete:

„Sehr wohl, Herr Rat!“

Er erschraf, sah sich um, und — Donnerweiter, dort sah er ja, der Mann, den er auf seiner Reise nach dem Süden, fast Anie an Anie, begleitet hatte und mit dem er nun seit drei Tagen, um ihn nur recht gut im Auge behalten zu können, Tür an Tür wohnte. Erste Etage, mit der Aussicht auf das Meer, natürlich. Attache habenbrud schien nur das Nobelpste zu lieben! Na, und Zemella mußte eben mittun. Amlich.

Der Verdächtige sah unweit von Zemella und verspeiste mit bestem Appetit ein reiches Frühstück. Ein hochgewachsener, schlanker, hübscher Mann. Sehr gewählig gekleidet. Ein Monocle im Auge. Ein Mann mit sehr ruhigem Blick und eleganten Bewegungen.

tun gehabt hatte, konnte einem eine solche Aufgabe schon Freude machen.

Der Detektive sendete dem Schmaufenden einen heimlichen, bösen Blick und dachte:

„Wenn ich dich heimbringe, du Schwindler, wird's aus einem anderen Tone gehn! Bin neugierig, wie dir die Erbsen und Bisolen schmeden werden!“

Gleich darauf fiel es ihm aber schwer auf sein Polzeigemüt, daß der Mann so gar nichts unternahm, was das berechtigen konnte, ihm die Faust aufs Genick zu legen. Er hatte vor allem nicht den geringsten Verkehr mit Personen, die verdächtig gewesen wären. Er gab Geld aus, das war alles. Aber zum Glück, das taten sie hier ja alle. Er, Zemella, ja auch.

Habenbrud erhob sich und machte eine Auto-spazierfahrt. Zemella fuhr in einem zweiten Auto den gleichen Weg. Du lieber Himmel, es war eine wunderhäßliche Sache, so am Meeresstrand dahinzufliegen. In den Staubmantel eingemummelt. Eine Riesibrille auf der Nase. Ueberhaupt eine Segend — herrlich!

Habenbrud nahm sein tägliches Seebad. Zemella natürlich auch. Und wie gern! War es nicht eine Wonne, im Meere zu plantischen? Na, und außerdem die tschechen Weiber in ihren kofetten Kostümen! Donnerweiter ja, wer nur öfter von Amts wegen süßlich zu tun hätte! Ob's nicht gut wär, wenn sich der Scheckfälscher erst nach drei Wochen verraten würde! Ober gar erst nach vier, fünf Wochen!

Zemella fühlte sich in seiner grün-weiß-violettgetreften Badehose ungemint wohl. Er sprang, prustete, wühlte das Meer auf wie ein Balfisch. Von der Schwimmkunst hatte er nicht

Offiziere besetzt sind und ebenso das Kommando der Troppauer Division; es wurde als nützlich anerkannt, daß auch die Stabschefs dieser Kommandos dem französischen Offizierskorps entnommen wurden. Außer dem Oberkommando des Heeres ist also in den Händen französischer Offiziere das Kommando an der ganzen magyarischen und polnischen Grenze. Ueber die Wirkung dieser Stellung der französischen Offiziere im tschechischen Heere auf die Staatspolitik wird gesagt: „Die Uebergabe der höchsten wirklichen Macht über die ganze Armee an Organe eines fremden Staates ist sicherlich eine Tatsache, welche in der Bilanz der auswärtigen Politik des Staates irgendwie zum Ausdruck kommen muß. Es wäre zwar unrecht aus den Augen zu verlieren, daß es die tschechische Republik war, welche formell die französische Regierung um die Entsendung einer Militärmisſion mit der angegebener Aufgabe ersucht hat. Es ist jedoch klar, daß es sich insbesondere von unserer Seite um einen Akt so großen Vertrauens zu dem befreundeten Staate handelt, daß dies nicht ohne günstige politische Folgen bleiben kann, welche bei der Natur der Dinge nicht gering sein können.“ Daß die ganze wirkliche Macht über das tschechische Militär tatsächlich in französischen Händen ist, unterstreicht der Autor des Artikels zum Schluß nochmals: „Die Unterordnung des Generalstabschefs unter den Minister für nationale Verteidigung ändert nichts daran. Man muß in Erwägung ziehen, daß der Chef des Generalstabes einem Minister referiert, dessen Eingriff in das Meritum der Sache dadurch begrenzt ist, daß er kein Stadmann ist, sowie dem Umstand, daß es im Ministerium für nationale Verteidigung an einer genügend starken persönlichen Befugung und Organisation gerade in der Umgebung des Ministers fehlt. Dieser Umstand vergrößert und verbreitert die tatsächliche Einflußsphäre des Generalstabschefs.“ Wenn das schon tschechische Blätter schreiben, dann muß es schon ziemlich arg sein und es wird wohl auch unter den Tschechen viele geben, die von dem französischen Kommando über das tschechische Militär nicht sehr erfreut sein werden.

Unerschörte Schikanen. In der gestrigen Nummer des Reichensberger „Vorwärts“ erschien eine Notiz, von der zwar die gute Hälfte dem Wüten des Jenseits zum Opfer fiel, deren kümmerliche Reste aber immerhin noch deutlich genug zeigen, welcher Schikanen sich die politischen Behörden der tschechoslowakischen Republik bedienen, um hiesigen Kommunisten Reisen in das Ausland unmöglich zu machen. Es gehört ja zur Gepflogenheit der tschechischen politischen Behörden, ausländischen Sozialisten und Kommunisten die Einreise in die tschechoslowakische Republik zu erschweren und den Sozialisten hiezulande, welche eine Reise über die Grenze machen wollen, Paßschwierigkeiten zu machen. Aber nach dem, was wir dem „Vorwärts“ entnehmen, erreichen jetzt diese Schikanen ein unerhörtes Maß, das in einer „demokratischen“ Republik ruhig hinzunehmen, wir nicht gewillt sind. Einigen Kommunisten wurden ohne Angabe von Gründen Auslandspässe verweigert. Einem anderen, einem Beamten der Verwaltung des „Vorwärts“, wurde ohne Angabe von Gründen, als er sich bereits auf der Reise befand, der Paß von der Gendarmarie abgenommen. Der Kommunistin Hofner verweigerte man die Ausfertigung eines PASSES mit der Erklärung: „Sie bekommen den Paß nicht, weil sie Kommunistin sind und noch dazu eine Vertreterin der Person!“ Diese Vorgangsweise der Behörden ist einfach ein Skandal, der dem Ausland die notwendigen Schlüsse über die Zustände, die hier herrschen, geradezu aufdrängt. Wir sind neugierig, was die Regierungstellen zu diesem Vorgehen ihrer untergeordneten Behörden sagen und ob sie es vielleicht gar wagen werden, es gut zu heißen.

Die Stellvertreter des Gemeindevorstehers sind ständige Mitglieder des Gemeinderates. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungsförderung teilt mit: „Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob der erste und der zweite Stellvertreter des Gemeindevorstehers ständige Mitglieder des

Die Präsidialkonferenz der 2. Internationale.

Prag, 12. August. (Eigenbericht.) Im Sitzungssaal des Volkshausauschusses der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Prager Volkshaus wurde gestern abends die Konferenz des Präsidiums der Londoner Internationale eröffnet. Der Sitzungssaal war dekoriert und eine mächtige Büste von Karl Marx ruhte an der Stirnwand inmitten roter Draperien. An der Konferenz nahmen teil: für England: Henderson, Ramsay MacDonald, J. S. Thomas, Tom Shaw und Harry Gosling; für Belgien: Emil Vandervelde und de Man; für Deutschland: Otto Bels; für Schweden: Richard Sandler; für Dänemark: Ailing Andersen; für Holland: Willem Hubert Meijer; für die Ukraine: Boris Martos, Oſip Bezpalko und Dr. Boris Matusevko; für Grusinien: Dr. Gregor Aiollo; für die Tschechoslowakei: Anton Remec, Dr. Leo Winter und Dr. Franz Soutkup. Die Konferenz wird vom Vorsitzenden Henderson aus London geleitet. Zu Beginn der Verhandlungen wurde die Frage des Beschlusses in der Person des internationalen Sekretärs erledigt. Ramsay MacDonald hat wegen Ueberbürdung mit anderen Arbeiten in England und im Hinblick auf die Unmöglichkeit, sich dieser Funktion ganz zu

widmen, wie es die Gegenwart und der wachsende Einfluß der Zweiten Internationale erfordert, auf die Funktion resigniert. Der unabänderliche Entschluß MacDonalds wurde zur Kenntnis genommen und ihm für die erfolgreiche und glänzende Führung des internationalen Sekretariats wärmster Dank und Anerkennung ausgesprochen. Ueber Antrag der englischen Delegation wurde zum neuen internationalen Sekretär einstimmig und unter Beifall der ganzen Konferenz Tom Shaw gewählt, der das schwere und verantwortungsvolle Amt übernahm und erklärte, ihm alle seine Kräfte und Fähigkeiten widmen zu wollen. Ramsay MacDonald bleibt weiterhin Mitglied des Präsidiums.

Nach Erledigung dieser Angelegenheit wurden die eigentlichen Verhandlungen der Konferenz begonnen, die bis 10 Uhr abends dauerten. Die Verhandlungen waren vor allem den Beziehungen über den heutigen Stand der internationalen Arbeiterbewegung, den Verhandlungen über die Bedingungen des Zusammenschlusses mit der Wiener Arbeitergemeinschaft und den Voraussetzungen zur Einberufung des nächsten internationalen Arbeiterkongresses gewidmet. Die Verhandlungen werden den ganzen Sonntag über fortgesetzt.

Gemeinderates sind oder nur dann Sitz und Stimme im Gemeinderate haben, wenn und solange sie den verhinderten Gemeindevorsteher vertreten. Nach § 1 der Novelle zu den Gemeindeordnungen vom 7. Februar 1919, Slg. Nr. 76, heißt die bisherige Gemeindeordnung genante Gemeindekörperschaft von nun an Gemeinde-(Stadt-)rat. Nach § 19 der Gemeindeordnungen für Böhmen, Mähren und Schlesien bestand der Gemeindevorstand aus dem Gemeindevorsteher und den Gemeinderäten. Diese Gemeindeordnungen kannten das Amt der ständigen und als solche gewählten Stellvertreter des Gemeindevorstehers nicht. Eine ausdrückliche Bestimmung, daß die Stellvertreter des Gemeindevorstehers in dieser Eigenschaft ständige Mitglieder des Gemeinderates sind, enthält weder die Novelle zu den Gemeindeordnungen, noch die Gemeindeordnung vom 31. Januar 1919, Slg. Nr. 75, noch die in der eben abgelaufenen Parlamentssession beschlossene Gemeindeordnungsnovelle (vergl. Nr. 13 und 14 der „Verbandsnachrichten“). Nach § 65 der Gemeindeordnung, welcher die Ueberschrift „Reihenfolge der Mitglieder des Gemeinderates“ trägt, versehen die Stellvertreter des Amtes des Vorstehers nach der Reihenfolge, in welcher sie gewählt wurden. Daraus ergibt sich an und für sich noch nicht, daß die Stellvertreter ständige Mitglieder des Gemeinderates sind, was also auch dann angeht, wenn der Vorsteher nicht verhindert ist und sie ihn also nicht vertreten. Wohl aber ist dies aus den §§ 9 und 64 der Gemeindeordnung zu schließen. Nach § 9, Abs. 3, hat die Zahl der Mitglieder des Gemeinderates einschließlich des Gemeindevorstehers und der Stellvertreter ein Drittel der Zahl aller Mitglieder der Gemeindevertretung zu betragen. Die Einrechnung der Stellvertreter in die Zahl der Mitglieder des Gemeinderates hat nur dann einen Sinn, wenn sie ständige Mitglieder sind. Nach § 64 sind bei der Wahl des Gemeinderates in Gemeinden, in denen die Wahl nach dem Grundsatz der verhältnismäßigen Vertretung stattfindet, der Vorsteher und der Stellvertreter der Parteien, zu welchen sie gehören, zuzurechnen. Auch diese Bestimmung wäre unverständlich, wenn die Stellvertreter nicht ständige Mitglieder des Gemeinderates sein sollten. Wir kommen also zum Schluß: Die Stellvertreter des Gemeindevorstehers sind nicht nur dann und solange sie den verhinderten Gemeindevorsteher vertreten, sondern überhaupt und ständig Mitglieder des Gemeinderates.“

Ausland.

Die Verfassungsfeier in Deutschland.

Am 11. August wurden es drei Jahre, daß das Weimarer Verfassungswerk fertig geworden, und zur Feier des Tages fanden in ganz Deutschland festliche Veranstaltungen statt. Die gewaltigen Massen von Teilnehmern, die sich namentlich in den großen Städten dazu einfanden, zeigte eindringlich, daß der Gedanke der deutschen Republik doch nicht so schwach gestützt ist, wie die Gegner es gern wahr haben möchten. Die Leute der großen Schaulust freilich, die Offiziere, Oberlehrer, Beamten usw., stehen groß und stolz, aber das Volk weicht doch, daß seine Zukunft nicht bei den Lobpreisern der schwarz-weiß-roten Flagge, bei der Hohenzollernschen Reaktion liegt, sondern bei der Republik. Eingeleitet wurden die Feierlichkeiten mit einem Ausruf des Präsidenten Ebert, der die Ziele der Republik folgendermaßen umschreibt: „Wir wollen keinen Bürgerkrieg, keine Trennung der Stämme. Wir wollen Recht. Die Verfassung hat uns nach schweren Kämpfen Recht gegeben. Wir wollen Frieden. Recht soll vor Gewalt gehen. Wir wollen Freiheit. Recht soll uns Freiheit bringen. Wir wollen Einigkeit. Recht soll uns einig zusammenhalten. So soll die Verfassung uns Einigkeit, Recht und Freiheit gewährleisten.“

Das sozusagen offizielle Verfassungsfest fand im Reichstagsgebäude statt, die Rede hielt der bairische Staatspräsident Hummel. Sie war ein feierliches Bekenntnis zum Reichsgedanken und symbolisch an ihr, daß ein Süddeutscher sie in der Hauptstadt des Nordens hielt. Er rief die deutsche Wirtschaft, die deutsche Jugend und die deutsche Geistigkeit auf, gemeinsam am Wohle des Reiches und des deutschen Volkes mitzuarbeiten. Wie sehr das Volk selbst sich mit der Republik eins fühlt, bewies am besten die Abendfeier im Berliner Lustgarten, veranstaltet vom Kartell der republikanischen Verbände. Ungeheure Menschenmassen hatten sich schon lange vor der festgesetzten Zeit versammelt. Als die Dunkelheit hereinbrach, wurden etwa 3000 Fackeln entzündet. Endlose Züge bewegten sich mit Musikkapellen zu dem Plage vor dem staatlichen Schauspielhaus, wo Ebert und Wirth mit Jubel aufgenommene Ansprachen hielten. Die Kundgebung war, wenigstens dem amtlichen Bericht zufolge, „die eindruckvollste“, die seit dem Umsturz in Deutschland stattgefunden hat, „und bedeutet ein überwältigendes Bekenntnis für die friedlichen und freiheitlichen Ideale der

Republik“. In Wahrheit haben all diese Veranstaltungen lediglich symbolischen Charakter. Sie sind herausgefordert worden durch die monarchistische Gegenbewegung, die in der Republik nur ein Gebilde des Schimpfes und der Schande sieht, sie sind ein neues, verspätetes Echo auf den Mord an Rathenau. Die Republik will durch eine äußere Handlung zeigen, daß sie lebendig ist und sie hat dazu den 11. August auserkoren, den dritten Jahrestag des Inkrafttretens der Weimarer Verfassung. Wie soll die Republik weiteren Anstürmen standhalten, wie soll sie vor der Geschichte bestehen können? Verfassungsfeiern sind, gleichviel ob eine Verfassung gut oder schlecht ist, nur äußeres Beiwerk. Die Republik braucht erhöhte Werbekraft, um erhöhtes Ansehen zu erlangen. Sie bekommt beides, erhöhte Werbekraft und erhöhtes Ansehen nur durch eine Politik der Taten. Von sich aus muß die Republik durch Taten für sich werben. Das kann sie nur, wenn sie in erster Linie Willensvollstreckerin ihrer Schöpfer, der deutschen Arbeiter, wird. Sie wird die Masse ihre ehelichen Anhänger in demselben Maße mehrten, wie sie sich, energisch und zielbewußt, gegen ihre Feinde und lauen Betrauer wenden wird.

Die Einigung des Reiches mit Bayern.

Die Zugeständnisse, welche die Reichsregierung der bairischen Fronde gemacht hat, sind in ihren Einzelheiten noch nicht bekannt, doch auch was über die Grundzüge verlautet, läßt erkennen, daß es sich lohnt zu frondieren. In den Besprechungen zwischen Dr. Wirth und Lerchensfeld wurden nämlich zwei Erklärungen der Deutschen und eine der bairischen Regierung verfaßt, in denen die Grundsätze des neuen Reichskriminal, des Schutzes und des Beamtengesetzes unangefastet bleiben, in der „Ausführung und Interpretation“ der Gesetze aber von der Reichsregierung „erhebliche Zugeständnisse“ gemacht werden. Das geschah, wie der Bericht erklärt, im Interesse der Einheit und um das Reich vor neuen Erschütterungen zu bewahren. Nach dieser Vorbereitung der öffentlichen Meinung, darf man mit Sicherheit annehmen, daß viel, wenn nicht alles geschehen ist, um Herrn von Lerchensfeld die Aufrechterhaltung Bayerns als Hort der Reaktion zu ermöglichen. Die Verhaftung des Genossen Frenkenbach unter dem „dringenden Verdacht des Landesverrates“ läßt die erhelltesten Schlüsse darauf zu, in welchem Geiste Lerchensfeld das Schutzesgesetz zu handhaben gedenkt und wozu alles ihm das Reich freie Hand läßt.

Lerchensfelds Feldzug gegen die Sozialisten.

Die Erfolge, die Bayern dem Reich gegenüber erzielt hat — denn das es in den Verhandlungen manches erschöpfert hat, kann man nicht bezweifeln —, geben dem Grafen Lerchensfeld den Mut, sich mit verdoppelter Wut auf die Arbeitervertreter zu werfen. Gestern vernahm man, er habe den Genossen Frenkenbach in Halle verhaftet lassen, vermutlich, um ihm wegen der Eisnerdokumente den Prozeß zu machen und um sich für Ernst Toller, dessen Strafzeit bald abläuft, einen Nachfolger zu sichern, den er in der Festung nach Herzenslust quälen kann. Heute wieder wird gemeldet, daß die Redakteure der unabhängigen „Münchener Morgenpost“ Kämpfer und Winter polizeilich eingezogen worden seien. Das Blatt, das es gewagt hat, gegen Lerchensfelds Staatsstreich zu protestieren, soll dadurch womöglich am Erscheinen behindert werden. So sieht in der bairischen Praxis das „Gesetz zum Schutze der Republik“ aus! Was ein echter Reaktionsär ist, weiß eben auch das revolutionärste Gesetz zu seinen Zwecken zu mißbrauchen.

Gegen die Hakenkreuzerei der deutschen Schuljugend.

Jede der nationalstiftischen Werd- und Schandlatten, die seit dem Umsturz in Deutsch-

die blasse Ahnung, Sinegen der Attaché, der Schwamm wie ein Pech.

Und da geschah etwas, was den braven Jemella fast um sein amtliches Gleichgewicht gebracht hätte. Er hörte plötzlich die Stimme Hahenbruds neben sich:

„Bardon, mein Herr!... Gestatten, daß ich mich vorstelle... Attaché Hahenbrud.“

Jemella suchte, Wasser pudern, nach Sammlung. Herrgott, was tun? Er stammelte:

„Jemella... Josef Jemella, Privatier.“

„Mit Vergnügen habe ich bemerkt, daß Sie ein ganz außerordentliches Talent zum Schwimmen haben. Es mangelt Ihnen, was man so sagt, nur die Kunstgriffe... Wenn Sie gestatten, bringe ich Ihnen in wenigen Stunden bei, was Ihnen fehlt... Natürlich nur, wenn es Ihnen nicht unangenehm ist, mein Herr. Wenn ich — verzeihen Sie — wenn nicht — wir könnten gleich anfangen! Sie werden Freude haben!“

Jemella nickte:

„Sehr verbunden, Herr... Herr Attaché!“

„Aber bitte!... Schwimmlehrer zu sein — es ist förmlich meine Lebensart!“

Jemella erwies sich als gelehriger Schüler, Hahenbrud als sehr liebenswürdiger, geschickter Lehrer. Nach einer Stunde hatte der Detektiv erstaunliche Fortschritte in der Schwimmkunst gemacht. Während er die von Hahenbrud verordneten Tempi ausgeführt hatte, war er zu einem fröhlichen Schluß gekommen:

„Die Sache geht famos. Ist der Schweinehund der Schwedfischer, dann habe ich ja bei näherer Bekanntschaft die beste Möglichkeit, ihn zu überführen. Großartig, wenn der Spigbube auf

solche Art dazu beigetragen hätte, in meine Falle zu laufen! Hihhi!“

Die beiden gingen gemeinsam zum Hotel zurück. Die Kosten der Unterhaltung bestritt zumeist der Attaché. Er erzählte sehr hübsches von seinen Besichtigungen am Rhein.

Jemella telegraphierte an den Herrn Rat: Angelegenheit steht gut. Brauche dringend Geld. Jemella.

Jemella bekam nun, wie er gehofft hatte, reiche Gelegenheit, den Verdächtigen zu beobachten. Dieser schien an Jemella wahrhaft Wohlgefallen zu finden. Der Schwimmunterricht wurde mit vielem Fleiß fortgesetzt. Man machte gemeinsame Strandspaziergänge, Autofahrten, Segelbootausflüge, traf sich am Spieltisch, bei Morgenspazierritten.

Hahenbrud war überhaupt ein Liebling der Gesellschaft, besonders der Damen. Er war ein netter Hofmacher, mußte interessant von seinen großen Reisen zu erzählen: seine Unterhaltung war geistreich, witzig; er war unermüdblich im Erfinden von kleinen amüsanten Festlichkeiten.

Und nie, wenn er eine hübsche Idee ausgeheckt hatte, unterließ er es, ausgefucht höflich zu sagen:

„Sie halten doch mit, Freund Jemella!“

Jemella neigte immer mehr zu der Ansicht, daß dieser liebenswürdige Mensch kein Schwedfischer sein konnte. Noch einmal aber erwachte sein Mißtrauen, als Hahenbrud seine Einladung zu einem kleinen Hazardspiel ausflag und dann, ohne über sein Ziel zu sprechen, sorgig, Jemella folgte ihm durch die belebten Straßen und sah ihn in einer luxuriösen Villa verschwinden. Jemella wußte längst, daß das Häuschen der Besitz einer jungen, schönen, lebenslustigen Dame war, die

ihm durch ihre kühnen Seebadkostüme aufgefallen war.

„Eine Helfershelferin!“ durchfuhr es ihn.

„O, er wollte schlau vorgehen! Dieser Hahenbrud war wohl doch ein Spigbub! Am nächsten Tag machte Jemella in der Villa seinen Besuch. Jemella schrieb hernach in sein Spesenbuch: Mademoiselle Madeline... 5000 Kronen. Jemella lächelte. Nein, dieses Luderchen hatte mit dem Bankbetrug nichts zu tun, da war kein Zweifel. Jemella lächelte nochmals. Teufel, was doch alles nötig war, wenn man seine Amtspflichten getreulich erfüllen wollte!“

Am nächsten Tage lud Hahenbrud Jemella zu einem Herrenfrühstück mit Champagner. Jemella wurde sehr fröhlich. Er trank schließlich an der Brust des Attachés, aber es waren Tränen der Fröhlichkeit:

„Freund!... Das Leben ist schön!“

Hahenbrud sorgte eine Stunde später dafür, daß Jemella, der fast betäubt war, ins Bett kam. Jemella schlief den Nachmittag, die Nacht und den nächsten Vormittag durch, dann setzte er sich auf und sagte:

„Und diesen wunderbaren Keel habe ich für einen Spigbuben gehalten!... Aber Gott sei Dank, ich habe mich nicht blamiert! Wie hat der Rat gesagt? Scharf und Vorsicht, Jemella!... Du hast dich ausgezeichnet, Jemella!“

Es klopfte, ein Kellner kam und überreichte Jemella einen Brief. Da stand:

„Lieber Freund! Ich habe am zweiten Tage Ihrer Anwesenheit den Braten gerochen. Ich wollte daraufhin verschwinden, aber da ist mir ein anderer Gedanke gekommen. Was hätten Sie davon gehabt, wenn Sie gar so bald wieder nach Hause hätten müssen. Wo sie doch an dem Süden

so viel Freude hatten! Ich dachte, ein gutes Werk zu tun, wenn ich Ihnen eine ausgiebigere Erholung verschaffte, und bin deshalb geblieben. Na, und was es nicht schön, Schmuckelchen? Sie müssen zugestehen, daß ich für Ihre Gesundheit sehr nett sorgte. Sogar schwimmen haben Sie gelernt. Und was ich Ihnen so an anderen Amusements geboten habe! Ja, das Leben ist schön! Ich gehe nicht schlief, wenn ich auf Ihre Dankbarkeit rede, wie? Es tut mir sehr leid, daß ich nicht noch mehr für Sie tun konnte. Einige Seebäder mehr hätten Ihnen sehr gut getan! Es fiel mir aber schwer, den Wunsch zu unterdrücken, das Geld, das Sie durchaus für die Bank retten wollten, auch anderswo auszugeben. Sei versichert, daß ich an Deine Gesellschaft immer mit Vergnügen zurückdenke werde. Es heißt jetzt wieder anders, Dein nun schon fernher Freund

Hahenbrud.“

„Wann ist der — Attaché abgereist?“ brüllte Jemella.

„Gestern. Eine halbe Stunde, nachdem der Herr schlafen gegangen waren!“ sagte der Kellner.

Jemella kam heim, tief gebräunt, bid, prächtig erholt, verjüngt. Und wer immer ihn sah, gratulierte ihm zu seinem Aussehen.

Jemella ist nicht avanciert. Trotzdem seine Reise einen Erfolg hatte: auf dem Briefe des Bauers besand sich ein Fingerabdruck. Er wurde photographiert und, als dem flüchtigen Spigbuben zugehörig, der kriminellen Daktyloskopie einverleibt. Es ist in Wahrheit ein Fingerabdruck Jemellas. Vielleicht kommt es noch einmal auf.

land geschaffen, zeigte deutlich, wie sehr die Hakenkreuzler mit ihren Blut- und Rachebrüsten das Gehirn der heranwachsenden studierenden Jugend umnebelt haben und damit die Geistigkeit der Zukunft vergiften. Hier entgegenzuwirken und die Jugend den Armen dieser gewissenlosen Verführer zu entreißen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Erziehungsbehörden und darum ist der folgende Erlaß des preussischen Kultusministers durchaus zu begrüßen:

Die Ereignisse der letzten Zeit haben die Notwendigkeit einer Erziehung zu lebendiger Staatsgefühlung, zu einem Staatsideal, in dem Volksgesühl und Staatsgefühl sich durchdringen, mit furchtbarer Deutlichkeit gezeigt. Unser Staat muß in dem Bewußtsein und dem Pflichtbewußtsein der Jugend gegründet sein, wenn er nicht in seinem Bestande bedroht sein soll. Nur der Wille zum Staat und die Einsicht, daß alle kulturellen Güter auf dem Staat beruhen, daß er die Lebensform der Nation ist, daß Staat, Volk, Persönlichkeit unauflöslich aneinander angehängt sind, können das Deutsche Reich vor dem Zusammenbruch retten. Die staatsbürgerliche Erziehung, diese wichtigste Aufgabe der deutschen Schule, macht es erforderlich, daß von den Schülern und Schülerinnen der mit unterstellten Schulen alles ferngehalten wird, was geeignet wäre, sie in ihrer Staatsgefühlung zu verwirren oder sie gar gegen den Staat zu beeinflussen, zu dessen Bürgern und Bürgerinnen sie herangebildet werden und dem sie einmal mit Hingebung dienen sollen.

Gegenüber jugendlichen Entgleisungen und Verstößen haben ich bisher geschwiegen. Die Gewissenskonflikte weicher Jugendreise und die Erschütterungen ihrer Gefühlswelt sollen durch verständnisvolle Erziehung zum lebendigen Staatsgefühl, zum freiwilligen Gehorsam gegen das der Rechtsidee entsprechende Staatsgesetz, zur freien Achtung vor der Republik überwunden werden. Diese Erwartungen haben sich zu meinem Bedauern nicht überall erfüllt. Es wird mir von planvollen Verheerungen jugendlicher gegen Staat und Staatsform berichtet, und es erscheint erwiesen, daß eine Reihe von Jugendverbänden und Schülervereinen dem Erziehungswillen des Staates entgegenarbeiten und die Autorität des republikanischen Staates, seiner verantwortlichen Leiter und seiner Maßnahmen in den Köpfen unreifer Schüler und Schülerinnen aufs schwerste erschüttern. Das aber bedroht den Frieden und die Aufbauarbeit der Schule, erzeugt überhöhte Fieberstimmungen und ruft zum Widerstande gegen die Staatsautorität, ja zu Schlimmerem auf.

In Ausführung der am 19. Juli d. J. getroffenen Vereinbarung der Unterrichtsverwaltungen der Länder und in Ergänzung des Rundschlusses vom 11. März 1920 bestimme ich, daß es den Schülern (Schülerinnen) aller Schulen verboten ist, Schülervereinen oder sonstigen Vereinen anzugehören oder an ihren Veranstaltungen teilzunehmen, die sich nach ihren Satzungen oder nach ihrer Beteiligung gegen den Staat und die geltende Staatsform richten, seine Einrichtungen bekämpfen oder Mitglieder der Regierung, des Reiches oder eines Landes verächtlich machen. Das gleiche gilt von Vereinen, die nach ihren Satzungen oder nach ihrer Beteiligung die verfassungsmäßigen Grundrechte der Deutschen mißachten, Glieder der deutschen Volksgemeinschaft ihrer Abstammung, ihres Glaubens und ihres Bekenntnisses wegen bekämpfen oder die sonst in ihren Bestrebungen und Zielen die Erziehung zum Bürger der deutschen Republik im Sinne des Artikels 140 der Reichsverfassung gefährden.

Im Prinzip ist, wie gesagt, gegen diesen energischen Vorstoß nichts einzuwenden. Wehmütig stimmt es bloß, daß die Ausführung des Erlasses in erster Linie selbstverständlich den Lehrerkollegien obliegt, und — gerade die Oberlehrer sind die eifrigsten Befürworter des Hakenkreuzes! Was sich eben allerorts in Deutschland zeigt, wird auch hier zutage treten: daß die Republik solange gefährdet ist, als nicht die Verwaltung und Exekutive in den Händen verlässlicher Republikaner liegt. Im übrigen würde ein ähnlicher, gegen den Chauvinismus deutscher und tschechischer Concoure gerichteter Erlaß auch hierzulande nicht schaden, denn um Schüler und Lehrer an höheren Schulen ist es hier ganz ähnlich bestellt.

Telegramme.

Aufhebung der bayrischen Verordnung.

Berlin, 12. August. (Wolff.) Das Ergebnis der Besprechungen zwischen der deutschen Reichsregierung und der bayrischen Staatsregierung wird heute veröffentlicht. Danach erklärt sich die bayrische Staatsregierung bereit, die am 24. April erlassene Verordnung zum Schutze der Verfassung der Republik spätestens am 18. August aufzuheben. Die Reichsregierung gibt Erklärungen zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze der Republik, hauptsächlich über das zu beobachtende gerichtliche und politische Verfahren, und erklärt die Besorgnis, daß die Politik der Reichsregierung planmäßig darauf gerichtet sei, die Zuständigkeit der Länder fortschreitend einzuschränken und das Reich immer mehr zum Einheitsstaate zu gestalten, für vollständig unbegründet. Die Reichsregierung wolle nicht über die verfassungsmäßige Befugnis des Reiches hinaus die Hoheitsrechte der Länder an sich ziehen. Sie sei der Überzeugung, daß die einseitige Gliederung der reichen Mannigfaltigkeit deutschen Wesens und deutscher Kultur entspricht und daß die Pflege des Stammesbewußtseins in den einzelnen Staaten die beste Gewähr reichsfreudiger Einordnung in das Ganze der Nation ist.

„Schutz der Republik in Bayern!“

Berlin, 12. August. (Eigenbericht.) Heute ist das amtliche Protokoll veröffentlicht worden, das über die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Reiches und Bayern aufgenommen wurde. Wie man aber in Bayern die Gesetze zum Schutze der Republik durchzuführen gedenkt, zeigt sich an einem neuen Falle in Regensburg, von dem die sozialdemokratische Partei betroffen wird. Die „Regensburger Volkswacht“ ist von der bayerischen Regierung auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik auf die r Tage verboten worden. Anlaß dazu ist ein in diesem Blatte erschienener Artikel, der die Regierungsverhältnisse in München als ein „Kospietheater“ bezeichnet. Verboten wurden aber bisher nicht der „Bayrische Kurier“, der den Staatsgerichtshof als „Republikanisches Tribunal“ kennzeichnet, und der „Miesbacher Anzeiger“, der seine unerhörten Beschimpfungen gegen die Republik und ihre Verordnungen, ungestört von der bayerischen Regierung, fortgesetzt.

Wieder russische Todesurteile.

Riga, 12. August. (Reuter.) Wie aus Omsk gemeldet wird, wurden neun Priester zum Tode verurteilt.

Bewahrung Deutschlands gegen die Retorjionen.

Berlin, 12. August. (Wolff.) Der deutsche Volschalter in Paris hat der französischen Regierung heute abend im Auftrage der deutschen Regierung folgende Notiz übergeben:

Herr Ministerpräsident! Im Auftrage der deutschen Regierung beehre ich mich, auf die Note vom 6. August d. J. Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die französische Regierung ihrem Wunsche, die weitere Behandlung der Ausgleichsangelegenheit bis zu den in Aussicht stehenden Verhandlungen der Beteiligten alliierten Mächte zurückzustellen, nicht entsprochen hat. Die von der französischen Regierung mitgeteilten Maßnahmen finden in dem Vertrage von Versailles und in dem mit der deutschen Regierung getroffenen ergänzenden Abkommen, besonders dem Abkommen vom 10. Juni 1921 keine Grundlage und können auch mit den Regeln des Völkerrechtes nicht begründet werden.

1. Die Weisung an die Ausgleichsämter in Paris und Straßburg, bis auf weiteres jede Belanngabe der anerkannten deutschen Forderungen aufzuschieben, widerspricht der positiven Bestimmung des Paragraphen 5 der Anlage zu Artikel 206, in dem vorgelesen ist, daß die Schuldnerämter binnen angemessener Frist die anerkannten Forderungen bekanntzugeben haben. Unter einer angemessenen Frist kann nur eine Frist verstanden werden, wie sie sich aus dem Geschäftsgange der Ausgleichsamter ergibt. Eine Anweisung einer Regierung, jede Belanngabe von Anerkenntnissen an das gegnerische Ausgleichsamter bis auf weiteres zu unterlassen, ist daher mit dem Vertrage von Versailles unvereinbar und steht mit dem Grundgedanken des auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhenden Ausgleichsverfahrens im Widerspruch.

2. Die vorläufige Einstellung der Zahlung der durch Urteil des gemischten Schiedsgerichtshofes festgelegten Entschädigungen aus dem Erlöse der Liquidation des deutschen Eigentums in Frankreich widerspricht dem Abkommen über die Bezahlung der Schadensbeträge aus Artikel 207 e) vom 26. August und 3. September 1921. Hierin hat sich die französische Regierung verpflichtet, die im Artikel 207 e) vorgesehenen Entschädigungen auf Grund von Urteilen des gemischten Schiedsgerichtshofes oder von rechtsgültig abgeschlossenen Vergleichen aus den bei der Liquidation des deutschen Eigentums erzielten Erlösen zu bezahlen.

3. Die an die französischen Ausgleichsämter erteilten Anweisungen, bis auf weiteres den deutschen Ausgleichsämtern die Höhe der Erlöse aus der Liquidation des deutschen Eigentums in Frankreich nicht mehr bekanntzugeben, macht die Durchführung des auf dem Grundsätze der Gegenseitigkeit beruhenden Ausgleichsverfahrens unmöglich. Diese Maßnahme widerspricht ferner dem Artikel 2 des Abkommens vom 31. März und 9. April 1921, worin vorgelesen ist, daß die Liquidationserlöse binnen bestimmten kurzen Fristen den Reichsausgleichsämtern gutzuschreiben und mitzuteilen sind.

4. In dem Abkommen vom 15. November 1919 hat sich die französische Regierung verpflichtet, die Wähler und Wahlberechtigten der früher in Elsaß-Lothringen anständig gewesenen Deutschen freizugeben. Das Verbot der weiteren Wahlberechtigung bedeutet eine Verletzung dieses Abkommens von der durchwegs minderbemittelte und ohnehin unter den Kriegsfolgen schwer leidende deutsche Reichsausgleichsämter betroffen werden. Diese Maßnahme erschwert der deutschen Reichsregierung umso ungerneher, als sie die ihr nach dem Abkommen obliegenden Leistungen seit geraumer Zeit vereinbarungsmäßig erfüllt hat.

5. Schließlich werden nicht näher bezeichnete Sicherstellungsmaßnahmen in Elsaß-Lothringen in Aussicht gestellt. Inzwischen hat das Generalkommissariat in Straßburg den deutschen Reichsausgleichsämtern jede Verfügung über ihre Konten oder ihre Depositen bei Banken oder anderen Finanzinstituten in Elsaß-Lothringen entzogen und diese unter Zwangsverwaltung gestellt, gleichgültig, zu welchem Zeitpunkt sie errichtet worden sind.

Soweit Einzahlungen nach dem 10. Jänner 1920 erfolgt sind, werden detaillierte Anordnungen durch den Vertrag von Versailles nicht gebietet und enthal-

ten daher eine schwere Verletzung des Grundgesetzes der Unverletzlichkeit des Privateigentums.

Die deutsche Regierung hat mit ihrer Note vom 12. Juli dieses Jahres lediglich die Abänderung eines bestehenden Vertrages beantragt, dessen Lasten infolge der inzwischen eingetretenen Markentwertung für Deutschland untragbar geworden waren. Die deutsche Regierung hat hienit nur die unausweichlichen Folgerungen aus einer Entwicklung gezogen, die unabhängig von ihrem Willen und entgegen ihren Interessen eingetreten ist. Wenn die französische Regierung, das Stundungsgesuch, ohne die Fälligkeit der Verpflichtungen der deutschen Regierung abzuwarten, mit Zwangsmahnahmen beantwortet hat, die bestehenden Verträge verletzten, so liegt darin ein schweres Unrecht. Ich bin daher beauftragt, gegen die Maßnahmen Verwahrung einzulegen und um ihre Aufhebung zu ersuchen. Sollte die französische Regierung auf ihrem Standpunkte beharren, so schlägt die deutsche Regierung vor, einen internationalen Schiedspruch über die Rechtmäßigkeit der ergangenen Anordnungen herbeizuführen.

Die zweite Note hat folgenden Wortlaut:

Durch die Verbahnote vom 11. August hat die französische Regierung der Volkschaft mitgeteilt, daß sie sich in Ermangelung von deutschen Zusagen hinsichtlich der am 15. August vom Reichsausgleichsamter zu bewirkenden Zahlungen und in Ermangelung des Erfolges der bisherigen Retorjionsmaßnahmen zu weiteren Maßnahmen veranlaßt sieht und deshalb ihrem Generalkommissar von Straßburg Anweisungen erteilt hat, 500 deutsche Staatsangehörige bis zum 12. August aus Elsaß-Lothringen auszuweisen. Die Ausgewiesenen dürfen nur Handgepäck und den Gegenwert von 10.000 Mark für die Familie oder 5000 Mark für die Unverheirateten über 25 Jahre mitnehmen. Ihr Vermögen soll vorläufig unter Zwangsverwaltung gestellt werden. Die Ausweisung weiterer 500 deutscher Staatsangehöriger aus Elsaß-Lothringen wird vorbehalten.

Die Volkschaft beehrt sich hierauf im Auftrage der deutschen Regierung folgendes zu erwidern:

Nach dem Grundsätze des Völkerrechtes ist es zwar jedem Staate unbenommen, einzelne fremde Staatsangehörige aus fremdenpolitischen Gründen aus einem Gebiete auszuweisen. Eine Massenweisung von Hunderten von Angehörigen eines bestimmten Staates, die pöblich und unvorbereitet ihrer Existenz beraubt werden, widerspricht dagegen jedem völkerrechtlichen Herkommen und aller natürlichen menschlichen Rücksichtnahme. Diese Maßnahme muß die Ausgewiesenen umso härter treffen, als die französische Regierung ihnen fast vier Jahre lang nach Aufheben der Feindseligkeiten den Aufenthalt in Elsaß-Lothringen gestattet und damit die Hoffnung in ihnen erweckt hatte, weiter in der Heimat verbleiben und ihrem Erwerbe nachgehen zu können. Im übrigen ist ein innerer Zusammenhang zwischen den Ausweisungen und der von der französischen Regierung zum Anlaß genommenen Frage der Ausgleichszahlungen nicht ersichtlich. Die Geldbeträge, deren Mitnahme gestattet ist, sind vollständig unzureichend. Der für eine ganze Familie festgesetzte Betrag von 10.000 Mark entspricht zur Zeit dem Werte von 2 1/2 englischen Pfund oder 11 1/2 Dollars. Die Ausgewiesenen werden somit tatsächlich als Bettler auf die Straße gesetzt.

Die deutsche Regierung legt gegen die getroffenen, und in Aussicht gestellten Maßnahmen der französischen Regierung hienit nachdrücklich Verwahrung ein.

Erinnerungen.

Aus den Anfängen der Arbeiterbewegung in Deutschböhmen.

Von Wilhelm Kiewewetter.

Die Verfolgungen derer, die sich an der Demonstration am 19. Jänner 1870, nur einigermaßen hervorragend beteiligt hatten, setzten bald ein, sowie im allgemeinen seit der am 13. Dezember 1869 in Wien vor dem alten Parlamentsgebäude stattgefundenen Arbeiterdemonstration die Reaktion in ganz Oesterreich lähmer ihr Haupt erhob. In der Reichshauptstadt wurde damals gegen die Führer dieser denkwürdigen Arbeiterumgebung die Untersuchung wegen Hochverrats eingeleitet, und damit so gewissermaßen durch die obersten Staatsbehörden die sozialistische Bewegung als staatsgefährlich erklärt. In Reichenberg freilich ging man noch nicht so weit. Hier wurde nur gegen die Demonstranten, die sich am 19. Jänner etwas Besonderes hatten zuschulden kommen lassen, behördlich eingeschritten, sowie man gegen die Mitglieder des Komitees, das zur Gründung eines Arbeitervereines eingesetzt wurde, die Untersuchung einleitete. Die daraus sich ergebenden Verhandlungen ergaben Strafen wegen Störung öffentlicher Ruhe und Ordnung bis zu einigen Monaten.

Wie brutal man aber schon zu jener Zeit im alten Oesterreich unter der Herrschaft des jungen Bürgertums, dessen hervorbrechender Vertreter Dr. Wislra das Wort prägte, daß bei Bodenbach die soziale Frage aufhöre, gegen die Arbeiterbewegung und ihre Träger vorging, bewies die Verhaftung Josef Krosch, der höchstens, wie die Dinge lagen, das Vereins- und Versammlungsgesetz übertreten haben konnte. Krosch, der lungenleidend war, wurde aus dem Kreisgerichte ins Krankenhaus gebracht und von da aus an einem stürmisch-talten Apriltage, in leichter Klei-

Gesellen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

dung, in das Landesgericht nach Prag überführt, wo er am 10. Mai drauf im Inquisitionshospitale starb. Am 12. Mai, in der sechsten Abendstunde fand das Begräbnis, welches einen demonstrativen Charakter annahm, statt. 10.000 Personen, meist Arbeiter, nahmen daran teil. Die Beerdigung nahm von der St. Stefanskapelle aus ihren Anfang. Der Chor der böhmischen Oper sang ein Trauerlied. Unzählige Kranze bedeckten den von Arbeitern getragenen Sarg, hinter dem die Mutter des Verstorbenen und eine Deputation der Reichenberger Arbeiter schritt. Auf dem Friedhofe wurden abermals zwei Trauerchöre gesungen und zwei Mitglieder der Reichenberger Deputation, Reschmer und der „Kleine Witt“, hielten Grabreden, die in einem Hoch auf die Arbeiterbewegung und auf die Einigkeit aller Arbeiter ausklangen.

Am Tage nach dem Begräbnisse brachten die „Karodni Listy“ einen Artikel über die Trauerfeier, der in folgendem Satze endete: „Die sorgsame Polizei hatte auch diesmal eine nicht alltägliche Aufmerksamkeit an den Tag gelegt, indem sie eine ganze Legion von bewaffneten, uniformierten Polizisten und geheimen Spitzeln, nicht nur zur St. Stefanskapelle und in die verschiedenen Gassen postierte, sondern sogar zum Friedhof, zum Grabe und hinter die Friedhofsmauern dirigierte, aufmerksam jedes Wort belauschend und auffangend, welches gesprochen wurde. Es war ein imponantes und ergreifendes Begräbnis.“ — So die bürgerlichen „Karodni Listy“.

Der Hergang des Begräbnisses, die Tausenden der tschechischen Arbeiter, die der Leiche des Sozialisten aus Reichenberg folgten, sowie die Möglichkeit, am Grabe deutsch zu sprechen, wie es Witt und Reschmer taten, beweisen, daß damals, also vor mehr als 50 Jahren, ein vielleicht herzlicheres Verhältnis zwischen deutschen und tschechischen Arbeitern bestand als heute, wo wir beiderseits mächtige Organisationen haben, während wir uns damals, obwohl unorganisiert, doch schon als Brüder betrachteten.

Daß aber insbesondere die Arbeiter von Reichenberg und Umgebung trotz der schweren Zeit, die über sie seit dem verhängnisvollen 19. Jänner hereingebrochen war, nicht zusammenbrachen und trotz das Banner der klassenbewußten Arbeiterchaft hochhielten, zeigt, daß sie schon die weltgeschichtliche Mission des Proletariats erfaßt hatten und überzeugt waren von der Unüberwindbarkeit ihrer Sache. Trotz der Verfolgungen, denen sie ausgesetzt waren und trotz des Verbotes des geplanten Vereines, dachten sie immer und immer wieder daran, eine Organisation zu schaffen, ohne die sie, wie sie erkannten, ohnmächtig bleiben müßten. Sie versierten dabei auf den Gedanken, einen Krankenversicherungsberein zu gründen, da sie annahmen, daß man einen solchen nicht verbieten könne. Und so riefen sie denn in der zweiten Hälfte des Jahres 1870 die „Allgemeine Arbeiterkrankenasse“, deren Bereich sich über das ganze Reichenberger Handelsammergebiet ausdehnte, ins Leben. Ihr erstes Vereinslokal war das Gasthaus des Herrn Schloss, in der Kollgasse — dasselbe Gasthaus, das ihnen der Kommissar Knirsch zugeschanzt hatte. Die Krankenkasse wuchs und gedieh, so daß sie heute ein eigenes Vereinsheim und viele Zehntausende von Mitgliedern in ganz Nordböhmen hat. Da die Leitung dieser Kasse eine sozialistische war, so wie sie sich heute noch in den Händen der klassenbewußten Arbeiter befindet, war es möglich, mit den Arbeitern in den meisten Orten Nordböhmens wegen Gründung von „Vororten“ in Verbindung zu treten. Dabei nahm man wahr, daß bei den Arbeitern in den meisten Gemeinden eine starke sozialistische Neigung vorhanden war, so daß man bei Neugründung von solchen Vororten und Filialen auch Anhänger für den Sozialismus gewann. Es muß aber ausdrücklich hervorgehoben werden, daß die „Allgemeine Krankenkasse“, nie etwas aus Vereinsmitteln zu sozialistischen Zwecken hergab. Streng sah man darauf, daß kein von Mitgliedern eingezahlter Krankenkassenzug für andere als für Vereinszwecke ausgegeben werde.

Eine zweite, vielleicht noch wichtigere Gründung dieser Zeit, war die Gründung des „Fachsvereines der Manufaktur-, Fabrik- und Landarbeiter“ für Reichenberg und Umgebung. Die Statuten dieses, des ersten Gewerkschaftsbereiches für Nordböhmen, wurden von der Prager Statthalterei am 10. November 1870 genehmigt. Der erste Obmann dieses Vereines war Genosse Hugo Schmidt aus Jägerndorf. Der Verein brachte es in verhältnismäßig kurzer Zeit auf 4000 Mitglieder. Es war der erste Verein, dem auch ich, der Verfasser dieses Artikels, als Tuchmachergehilfe, 18 Jahre alt, beitrug. Man betraute mich auch bald mit der Funktion eines Kassierers. Freilich waren die Beiträge, die zu Kassieren waren, im Verhältnis zu heute sehr klein. Sie betragen 10 Kreuzer pro Monat und Mitglied, das erste Vereinslokal war in Reichenberg beim Schloß in der Kollgasse. Die Versammlungen fanden gewöhnlich Sonntag früh, in dem zum genannten Lokale gehörenden kleinen Saale statt, um den Mitgliedern vom Lande Gelegenheit zu bieten, an den Versammlungen teilzunehmen. Vorträge, die von den leitenden Mitgliedern, wie Groß, Abrecht, Schiller, Fiedl und anderen gehalten wurden, waren meist wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und immer nichtpolitischer Natur. Dabei kam es aber sehr oft zu lebhaften Auseinandersetzungen mit den die Versammlung überwachenden Magistratsbeamten über die Grenzen zwischen wirtschaftlichen und politischen Gegenständen, die da besprochen wurden. Es waren Streitigkeiten, die immer resultatlos verliefen, und auch in Zukunft verlaufen werden, weil sich eine genaue Scheidelinie zwischen Wirtschaft und Politik nie ziehen läßt, und weil die persönlichen Anschauungen darüber immer verschieden sein werden.

Wie ich Sozialdemokrat wurde.

Nachdem ich bei meinem Vater, der Tuchmachermeister war, aber wie so viele andere, bald seine Selbstständigkeit aufgeben und Lohnarbeit machen mußte, das Tuchmacherhandwerk erlernt hatte und nach alten Zunftbräuche freigezogen, das heißt: in den Gesellenstand erhoben worden war, war ich genötigt, 18 Jahre alt, bei einem selbstständigen Meister Arbeit zu nehmen. Ich kam zu einem Kleinmeister, namens Janaz Jantsch, der zu Hause vier Stühle stehen hatte und auf einige Stühle Arbeit nach außen gab. Bei diesem Jantsch sah ich, wie er im Volksmunde genannt wurde, (ob er heute noch lebt, weiß ich nicht, möglich wäre es aber, da er damals noch ein junger Mann war), haben auch eine Zeit Genossen Josef Hannich, Wolleschal und auch Benzel Groß gearbeitet. Als ich hinkam, wurde ich Kamerad eines gewissen Sieber aus Kuffig, der im Fachverein der Manufakturarbeiter eine hervorragende Tätigkeit entfaltete. Ein umfangreiches Wissen besaß er nicht, aber in Fragen, das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit betreffend, war er mir über, das verlor ich nicht, so daß ich mich schließlich bequeme, sozialistische Agitationschriften, die er mir besorgte, zu lesen. Und durch das Lesen dieser Schriften, insbesondere der Lassalle'schen Agitationsbroschüren, wurde ich Sozialdemokrat, und auch nebst meinem Vater, Mitglied des oben genannten ersten Fachvereines der Textilarbeiter im Jahre 1871. Im Jahre 1872 ging ich als Handwerksbursche in die Fremde und zwar nach Deutschland, wo ich bei den Genossen, da ich mich als Mitglied eines Arbeitervereines legitimieren konnte, gut aufgenommen wurde. In Brandenburg a. S. nahm ich in einer Tuchfabrik Arbeit, und trat auch dort bestehenden „Allgemeinen deutschen Arbeitervereine“ Lassalle'scher Richtung, bei. Auch wurde ich trotz meiner Fremdheit und Jugend zum Vertrauensmann meiner Mitarbeiter gewählt. Bei einer Lohnbühnenverträt ich die Arbeiter, wodurch ich mir die Mißgunst des Fabrikanten, Lubliner, zuzog, so daß ich noch in demselben Jahre am 10. November in meiner Vaterstadt Reichenberg einzog. Doch hatte ich während meiner Abwesenheit die Wirtschaftslage in ganz Oesterreich, sowie insbesondere in der Tuchindustrie bedeutend verschlechtert, so daß ich nicht gleich Arbeit bekommen konnte. Die Vorzeichen des Wiener Börsenkrachs im Jahre 1873 machten sich hier an zahlreichen Bankrotten bemerkbar.

Eine Verbrüderungskundgebung.

Zwischen Tschechen und Deutschen, die stark bejuchet war und viel von sich reden machte, kam im Sommer 1870 auf dem Lubotauer Berge, der den Ausläufer des Jeschenridens nach Süden bildet, statt. Vorbereitet wurde diese Kundgebung von den Reichenberger Genossen. Die von der Behörde getroffenen Maßnahmen gaben freilich dieser Völkerverbrüderung ein recht sonderbares Gepräge. Nach den ausgebotenen Gendarmen, die die Rednertribüne umstanden, so daß es aussah, als wenn eine Hinrichtung hätte vorgenommen werden sollen, sowie nach dem Militär, das von Reichenberg auf den Versammlungsort zu manövrierte, zu schreien, hätte ein Uneingeweihter annehmen können, daß es sich um die Niederschlagung einer Revolution handelt. Als Redner hatten die Reichenberger Genossen zu diesem Meeting den Genossen Otto Walster aus Dresden kommen lassen, der auch unter anderem ziemlich scharf gegen den damals gerade wütenden deutsch-französischen Krieg und seine Urheber loszog. Die Kundgebung machte in der ganzen Dessenlichkeit einen großen Eindruck, obwohl man nicht gerade sagen kann, daß sie die Arbeiterbewegung direkt beeinflusst hätte. Zu wünschen wäre es aber, daß wir im neuen tschechoslowakischen Staate bald dazu kämen, mit den tschechischen Arbeitern und Sozialdemokraten eine Einheitsfront herstellen zu können, für die schon beim Lubotauer Meeting im Jahre 1870 Demonstriert wurde.

Erweckung.

(20)

Ein Roman von Lskar Mourus Fontana.

So, ein Kind, dem namenloses Leid angehan hatte, erhob er sich, aber er konnte nicht stehen, sein linkes Bein trug ihn nicht, er fiel seitlings. Er tastete nach dem Arme. Es war die Hand und angeschwollen. Da packte ihn Wut, so hatten die ihn doch erreicht, so war er doch ihnen, den Bettlern, den Knechten, den Ausgestoßenen, untertan geworden, denen, die er immer verachtet hatte, die ihm nichts als Sprossen einer Leiter geschienen hatten. Aber auf der Leiter, hoch und höher kimmend, war er gewesen, er, Maden Begouja. Das, dieses Gefühl gab ihm wieder Ruhe. Niemand konnte ihm das nehmen. Er blieb ein Begouja, er blieb Erbe dieser herrlichen Ländereien, Herrscher über Dörfer, Männer, Frauen und Kinder. Nur diese Nacht galt es auszuhalten. Am Morgen würden sie ihn finden. Sein Vater mußte ihn doch suchen. Sein Vater. Und auf einmal, wie nie zuvor noch, war das in ihm da, wie sehr er sein Sohn war, wie sehr sein Sohn ihn liebte. Er, der Vater, war ihm das Beste gewesen, so zu sein, so Herr, Verschwenker und Gebieter zu sein, darnach war seine Sehnsucht geirrt, die den Trost der Frauen nie gekannt hatte. Und wie er so dachte, fiel ihm ein, wie sehr die Stimme auf der Straße der Laskars geglichen hatte. Er sah die gebückte Gestalt Laskars vor sich, den schlatternden roten Arm, das trübe Auge, aus dem Licht zerissen hervorluden konnte — und er wußte, Laskar war es gewesen, der auf der Straße zu ihm gesprochen hatte, der die ihm hinterhältig geführt hatte. Laskar und kein anderer. Er wußte das so sicher, als wäre er mit dieser Erkenntnis geboren worden, und er wußte es so ruhig, als müßte er Laskar dort finden, wo er ihn gefunden hatte.

Tages-Neuigkeiten.

An unsere Bezieher!

Wir bitten, uns von etwa vorkommenden Unregelmäßigkeiten in der Zustellung unseres Blattes stets sofort Kenntnis zu geben. Derartige als „Zeitungsreklamation“ bezeichnete Zuschriften die offen aufzugeben sind, sind portofrei. 1011

Wo fehlt es: Wenn unsere Genossen und Genossinnen zusammenkommen, wenn sich die Vertrauensmänner unserer politischen Organisationen, der Gewerkschaften, der Genossenschaften, unsere sozialdemokratischen Gemeindevorteiler, die Angestellten unserer Institutionen zusammenfinden, sollte eine Frage von Mund zu Mund gehen: Bist du Abnehmer des Zentralorgans unserer Partei, des „Sozialdemokrat“? Eine Gewissensfrage soll es sein, die alle unsere Genossen und Genossinnen an ihre Pflicht erinnern soll, die viele, gar viele noch nicht erfüllt haben. Wo fehlt es? An der Kontrolle der Parteigenossen unter einander, um die Säumigen moralisch zu zwingen, ihre Pflicht zu erfüllen! — Parteigenossen und Genossinnen, sorget dafür, daß bis zum 1. September d. J. jeder Vertrauensmann der Partei, jede Lokalorganisation, jeder Vertrauensmann und Funktionär unserer Gewerkschaften und Genossenschaften und aller sonstiger Institutionen ebenso wie jeder sozialdemokratische Gemeindefunktionär Abnehmer unseres Blattes geworden sind. Wer es noch nicht geworden ist, fülle folgende die Abonnementanmeldung im Inseratenenteil unserer heutigen Ausgabe aus.

Militärische Sehnsüchte der tschechischen Agrarier. Wer von den Bürgern dieses Staates erinnert sich nicht jener Zeit, in der unter dem Regime des „allergnädigsten Kaisers und Königs“ in der Militärakademie in Br. Neustadt immer am Geburtstage des „erlauchten Gebieters“ die blutigen Sprosslinge der Militärakademie zu „Herren“ Offizieren ausgenutzt wurden? Da strömten aus allen Teilen des Reiches die hochedlen Eltern herbei, um ihre blaublütigen Söhne im Gewande des Kaisers zu sehen und sich an ihrer blühenden Wehr zu erfreuen. Bei diesen Ausmusterungen kam es den jungen Offizieren das erste Mal zum Bewußtsein, daß sie „auserlesene Menschen“ im Reiche eines „gottgewollten“ Herrschers seien. Doch die Zeiten ändern sich. Die alten Militärakademien und Offiziersbildungsstätten bestehen nicht mehr, sie sanken mit dem Zusammenbruche des Reiches mit ins Grab. Kein Mensch beweint sie: Wurden doch in ihnen nur Menschen dazu erzogen, um andere zu knechten und für die Ideologie eines brutalen Monarchismus gefügig zu machen. Man hoffte, mit derartigen Drillanstalten sei es endgültig vorbei, doch siehe: kaum ein Jahr nach dem Umsturz wurde in der tschechoslowakischen Republik, die ein Abbild der Schweiz zu sein behauptet, so ziemlich nach altösterreichischem Muster wieder eine Militärschule, und zwar in Maß. Weiskirchen, errichtet. Zwar heißt es, daß in dieser Schule nur der demokratische Geist herrschen und daß man dort Menschen und nicht Mannschaftepeiniger heranzubilden wolle, aber zu diesem Programme paßt die Lobrede schlecht, die soeben der agrarische „Bentob“ zum Preise der Schule und als Begleitwort für deren Söhlinge ausstimmte.

Dem dieses Blatt der Großagrarien, das, wie wir gestern berichteten, über den Besuch des jugoslawischen Königs paares in diesem Staate in einen Freudentoller verfiel, würdigt in seiner letzten Nummer die am heutigen Tage in Weiskirchen vorgenommene Ausmusterung der Offizierszöglinge in einem langen Artikel, dessen Tendenz nicht ein Haar von dem unterschreibe, was seinerzeit die Wiener kaiserliche Presse bei Gelegenheit der militärischen Ausmusterungen in Br. Neustadt zu schreiben pflegte. Zuerst muß natürlich der „Bentob“ seinen Lesern die Notwendigkeit einer großen tschechoslowakischen Armee beweisen. Er tut dies durch die Versicherung, der tschechische Staat sei von allen Seiten von Räubern bedroht, die nur auf die Gelegenheit warteten, ihm den Garaus zu machen. Dann wird ein Langes und Breites über die Nützlichkeit der militärischen Erziehung erzählt, daß das Militär den Bürger erst zum ordentlichen Menschen mache, daß ein jeder beim Militär etwas lernen könne usw., ganz in Tone, den wir aus den alten Geschichtsbüchern des vergangenen österreichischen Staates kennen. Nach dieser etwas weisheitsweisen Einleitung kommt der „Bentob“ zu dem, was ihm ja eigentlich am Herzen liegt: Zur Würdigung der Offiziere. Der Offizier der Republik müsse Soldat und Lehrer gleichzeitig sein. Deshalb müsse er eine gute Schule durchmachen. Wenn er in dieser im Sinne der Tradition des Regimentsoffizierskorps erzogen werde, so sei die Gewähr dafür vorhanden, daß aus ihm sich ein tüchtiger Offizier bilde. Die Militärakademie in Weiskirchen sei nicht dazu da, um bloß „Kadetten“ zu beherbergen, sondern um wirkliche Offiziere heranzubilden. Das Wichtigste kommt aber zum Schluß. Denn in einem der letzten Kapitel seines vom militaristischen Geiste tiefenden Artikels richtet der „Bentob“ an die Offiziere die Aufforderung, dafür Sorge zu tragen, daß in der Bevölkerung die Überzeugung durchdringe, der Offizier sei ein außerordentlicher Faktor im Staate. Da das Prestige der Offiziere im Kriege sehr gelitten habe, müsse es jetzt wieder rehabilitiert werden. — Mit andern Worten, der „Bentob“ wünscht sich wieder jene Offizierskaste, die vor dem Kriege jedem nur halbwegs demokratisch fühlenden Menschen fast noch verhaßt war als ihr „kaiserlicher Herr“. Der „Bentob“ will anscheinend nicht nur eine slavische Monarchie, sondern auch einen ihm zugehörigen Militärstaat, in dem der Offizier die maßgebendste Persönlichkeit ist.

Militärische Gäfte. In der tschechoslowakischen Republik werden im Herbst dieses Jahres Divisionsmanöver veranstaltet. Um nun die tschechoslowakische Kriegsführung kennen zu lernen und um jedenfalls den guten brüderlichen Geist zu pflegen, hat das jugoslawische Kriegsministerium beschlossen, zu diesen Manövern zwei höhere jugoslawische Offiziere zu entsenden. Sollten alle mit dem tschechischen Staate verbündeten Mächte dieselben Absichten haben wie das jugoslawische Kriegsministerium, so wird im Voranschlag für das Ministerium für Nationalverteidigung auf alle Fälle eine Finanzpost geschaffen werden müssen mit dem Titel: „Ausgaben für fremde Gäfte“.

Bandervelle spricht in Prag über den Moskauer Prozeß. Der Verteidiger der russischen Sozialrevolutionäre, Emil B a n d e r v e l d e, spricht Mittwoch, den 16. August, 7 Uhr abends, im großen Saale der Sophieninsel über den Moskauer Prozeß.

Es happens an allen Ecken und Enden. Wir haben schon wiederholt nach den Berichten der kommunistischen Presse Auszüge aus den trostlosen Stimmungsbildern gebracht, die die kommunistischen Parteikonferenzen in der letzten Zeit boten. In allen diesen Konferenzen wird angeführt der beschämend geringen Zahl von Delegierten furchtbar gerantzt über die Interesselosigkeit und Lau-

heit, die in der kommunistischen Partei herrschen. Und so steht es nicht etwa nur in Westböhmen und Nordwestböhmen, sondern so wird es allmählich auch im Zentrum der kommunistischen Bewegung, im Reichenberger Gebiete. So stellte der „Vorwärts“ jüngst fest, daß auf der Frauenbezirkskonferenz in Friedland nur „sehr wenig Delegierte anwesend waren“. Es scheint also, daß nunmehr auch den Vertrauensmännern der kommunistischen Partei der Geduldsfaden gerissen ist. Man kann sich vorstellen, mit welchem kolossalen Interesse und welcher tiefen Begeisterung die Arbeiter in den Betrieben an der kommunistischen Partei hängen.

Die Durchführung der forstlichen Bodenreform. Einer Verlautbarung des Ministeriums für Landwirtschaft entnehmen wir folgendes: Wie es in dem am 26. Juli d. J. veröffentlichten amtlichen Berichte des Staatsbodenamtes in Prag kundgemacht wurde, werden auf Grund des zwischen dem Staatsbodenamte und dem Ministerium für Landwirtschaft abgeschlossenen und vom Ministerialrate genehmigten Uebereinkommens im Jahre 1923 rund 300.000 Hektar des beschlagnahmten Waldbesitzes in das Staatsbesitzum überführt werden, wovon auf Böhmen und Mähren rund 202.000 Hektar und auf die Slowakei und Karpathenland rund 96.500 Hektar entfallen. Mit Rücksicht auf verschiedene Gerüchte, welche in den Reihen der Angestellten der in Frage kommenden Güter eine entschieden un begründete Aufregung und begriffliche Sorgen um ihre zukünftige Existenz hervorgerufen, findet es das Ministerium für Landwirtschaft, welches die Verwaltung der erwähnten Wälder übernehmen wird, für zweckmäßig, offen zu erklären, daß die Angestelltenfrage keine Schwierigkeiten verursachen wird, nachdem alle fähigen Angestellten übernommen werden sollen, die sich verpflichtet, auf den übernommenen Staatsgütern der Republik ehrlieh und treu zu dienen. Es wird allenfalls in erster Linie die Sache der Angestellten der zur Verstaatlichung bestimmten Waldgüter sein, daß sie durch eine im Sinne der gütigen Gesetze wirksame Unterstützung und willige Zusammenarbeit zur Lösung dieser so wichtigen Aufgaben beitragen. Die Gerüchte, die das Hervorrufen der Unruhe in den Reihen der Waldarbeiter und den Widerstand gegen die vorbereitete Waldverstaatlichung bezwecken, sind grundlos, nachdem es im Interesse der Staatsverwaltung liegt, sich in erster Linie die vertrauenswürdigsten und der örtlichen Verhältnisse kundigen bisherigen Arbeiter zu sichern. Im Falle, daß trotz dieser amtlichen Verlautbarung, die die Beschäftigung des künftigen Staatsforstbesitzes und die absichtliche Störung dieser Aktion bezweckende Versuche unternommen werden sollten, wird es notwendig sein, daß das Staatsbodenamt im Sinne des Gesetzes über die Bewirtschaftung des beschlagnahmten Grundbesitzes vom 12. Februar 1920, §. 113, als auch das Ministerium für Landwirtschaft und die zuständigen politischen Behörden auf Grund des Gesetzes vom provisorischen Waldbesitz vom 17. Dezember 1918, §. 82, die zweckmäßigen Maßnahmen treffen.

Schaffung einer internationalen Arbeitsgemeinschaft aller Mustermessen. Die auf der internationalen Weltausstellung in Gelsingfors von den Reichenberger Delegierten vorgeschlagenen Anträge zur Schaffung einer internationalen Arbeitsgemeinschaft aller Mustermessen wurde von der Konferenz einstimmig angenommen. Bei der Konferenz waren 15 Vertreter der Mustermessen aus zwölf Staaten versammelt. Die Mustermessen Reichenberg, Frankfurt, Mailand und Padua bilden die leitende Kommission dieser Arbeitsgemeinschaft. Die nächste Konferenz wird wahrscheinlich bei der 4. Reichenberger Mustermesse im August 1923 stattfinden.

Eine traugrige Statistik. In der Tschechoslowakischen Republik gibt es 43.000 Gasthäuser, wobei die Brauereischänken nicht eingerechnet sind.

Eröffnung der Reichenberger Messe. Die dritte Reichenberger internationale Messe wurde

fang an diesem Tag. Das Netz droht zu reißen. Immer neue Beute hebt er aus dem Wasser. Nun wird er auch sich einen verzerrten Mantel laufen lassen. Froh geht er am Abend seiner Gütigkeit zu, und als die Nacht da ist, schleicht er zu Anduscha hinüber, um sie im Schmutz des Reichthums zu sehen, ihr zu sagen, wer der Spender sei. Er schaut durch das Fenster. Aber was sieht er? Auf dem Bettrand sitzt Stana, schönes Kind von Smederevo, angehen mit ihren Kleidern, Schuhen und Kämmen und winkt ihm. Er will nicht, aber er muß folgen. Wo ist Anduscha? In der Hütte ist nur die Dirne, sie ist weiß, eine dünne rote Spur geht quer über ihr Gesicht. Er steht und starrt. Sie wischt den korallenenen Streifen ab, er kommt wieder, kommt aus einem kratrigen Loch im Schadel, drin ein Hammer steckt. „Küsse mich“, sagt Stana, „küsse meine Kleider, küsse meine Schuhe, küsse meine Kämmen!“ Bogdan will nicht, aber er muß. Doch als er ihre weichen, blutleeren Lippen mit den seinen berührt, kommt Kälte in seinen Mund, weht durch den Körper, und tot fällt Bogdan, der Fischer und Räuber, hin.

Solche Bilder zogen durch Madens Hirn, und bald sah er Bogdan mit seinem eigenen Gesicht, bald mit dem Laskars, bald mit dem seines Vaters. Er wunderte sich ein wenig darüber, aber er nahm auch dieses wie Notwendigkeit hin. Nur als er Bogdan hinsinken träumte, — der hatte gerade sein eigenes Antlitz —, riß es ihn empor. Er sah die Schneeflächen, das Funkeln der Sterne, das Schweigen der Landschaft, und alles erschien ihm voll mitleidigen Grauens, daß er anfing zu schreien und mit geballten Fäusten zum Himmel drohte. Er war der Herr, und keiner konnte ihn brechen, keiner! Dieses fühlte er, aber er schrie langgezogen, schmerzhaft, gemartert, bis daß wieder Schlämmer sich über ihn neigte. Und was er dann noch sah, war dieses:

Vor seinem Schrei der Dual schien der Himmel zu weichen, Gott Vater zeigte sich auf seinem Thron, Engel umschwebten ihn, und alle sahen aus einer Höhe, die zugleich eine Ferne war, weil die Göttlichen im Raume schwebten, zu dem liegenden Maden. Eine Ewigkeit lang. Dann sprach Gott: „Wahrlich, auch dieser ist mein vielgeliebter Sohn!“ und er streckte die Arme aus seiner Wolke, sagte Maden unter dem Rücken und zog ihn an seine unendliche Brust. Helle ohne Grenzen umstrahlte Maden, und er war aufgelöst, schwang im Lichte mit.

Mit so seligem Gesicht fanden ihn in der Frühe die Bauern des Dorfes, das den Türmen Beg Begoujas am nächsten lag. Sie trugen den Erstarrten zu Jata.

10.

Begouja lachte nicht mehr. Laskar war mit Kryal gegangen. Die Knechte und Mägde waren wieder bei ihrer Arbeit. Begouja stand und starrte. Etwas schmerzte ihn. Es war ein Weh, als sei irgendwo in seinem Innern ein Loch aufgebrochen und Wind pfiffe hinein. Warum war Laskar, sein Bundesbruder, aber auch sein Knecht, gegen ihn aufgestanden? Warum war Maden gefangen? Er sah Kampf. Gut, er wollte kriegen, und er mußte siegen — darum war ihm nicht bange — aber das höhnte ihn aus, woher Freundschaft und Goh sich plötzlich hoben und soviel Kraft hatten, ihm den Freund zu verkehren und einen Sohn zu binden. Daß neben ihm eine andere Nacht war und sein konnte, das begriff er nicht, das verstörte ihn. Aber wie immer sie war, er stand da, er hielt fest, er beugte sich nicht. Was Sohn? Wie lächerlich, ihn so treffen zu wollen. Er beugte sich nicht. Kampf.

(Fortsetzung folgt.)

gestern vormittags im Sitzungssaal des Rathauses mit Begrüßungsansprachen des Bürgermeisters der Stadt Reichenberg und Protestors der Messe Dr. Bayer und des Messepräsidenten Herrn Theodor Viebig eröffnet. Nach den Eröffnungsansprachen beschäftigten die Teilnehmer der Messe, 1700 Aussteller, von denen — ein bedeutungsvolles Zeichen für die Qualität und die Zweckmäßigkeit der Messe — 96 Prozent eigene Erzeuger und nur der Rest Kaufleute sind, haben in 23 Gruppen die Warenmuster ausgestellt. Auch sonst ist die Messe durch weitere Konzentrierung der Ausstellungsflächen sowie durch übersichtliche Gruppierung der einzelnen Produktionszweige sehr zweckmäßig eingerichtet. An der Eröffnung beteiligten sich außer den Veranstaltern und den führenden Persönlichkeiten der Messe auch Vertreter der Ministerien, der deutsche Gesandte, sowie Vertreter aus ausländischen Industriellenkreisen.

Ein vorbildlicher Jugendzweiger. Im Abteil eines Zuges der tschechischen Staatsbahn fanden wir dieser Tage an die Wand genagelt eine Visitenkarte, auf der in tschechischer Sprache folgendes zu lesen war: „Tschechen! Tut Eure Pflicht. Kauf nicht bei Deutschen und Juden!“ Es interessierte uns, den Namen dieses Hegers zu erfahren und wir nahmen darum die Karte von der Wand. Da stand auf der Rückseite der Visitenkarte:

Jan Procházka, správce čes. stát. školy v Banině, p. Březova, Morava.

Der Jan Procházka, deren Namen wir im Gedächtnis behalten wollen, ist also Leiter einer Staatsschule und glaubt wahrscheinlich, seine Funktion am besten ausüben zu können, indem er in der Deffektivität nationale und Rassenbege treibt. Man kann sich vorstellen, in welchem Sinne die Kinder erzogen werden, welche diesem zigellosen Chauvinisten anvertraut sind.

Die „Mutter Gottes“ mit der Kriegsmedaille. In einem italienischen kirchlichen Blatte findet sich, wie die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ meldet, folgende Ankündigung:

Crepano, 31. Juli.

Noch ist der Eindruck der triumphartigen Rückkehr der Madonna del Grappa (einer Rabonnenstatue aus einer Kapelle vom Monte Grappa, die während des Krieges ins Hinterland gebracht worden war) nicht verklungen, da lebt die Erinnerung anlässlich des Jahrestages, 4. August, wieder auf. Diesmal wird der Tag durch ein neues Ereignis noch festlicher; es handelt sich um die Verleihung der Kriegsmedaille an die Mutter Gottes selbst.

Die feierliche Zeremonie wird vom Fürstbischof von Trient vollzogen werden. Außerdem wird der glorievolle Feldherr General Giardino sowie andere Zivil- und Militärbehörden teilnehmen. Das Komitee.

Die „Mutter Gottes“ vor solchen Blasphemien zu bewahren, ist nicht unfer Amt. Na, hoffentlich zeigt sie sich für diese ehrende Verleihung der Kriegsmedaille dankbar und läßt über das Komitee dieser Feier den Geist der Erleuchtung kommen. Notwendig hätten es dessen Mitglieder schon sehr dringend!

Deutsche „Heldenoffiziere“. Die deutschen Asten gegen die beiden Mörder v. Gager n und Prinz Stolberg, die vier Tage vom belgischen Gericht in Brügge zum Tode verurteilt wurden, ergeben folgenden Tatbestand:

Vom Dezember 1914 bis Ende März 1915 lag der Stab des dritten Garde-Mann-Regiments, dem v. Gager n angehört, in einem Schlosse des Barons d'Udekem südlich von Brügge im Quartier. Zwischen dem Ehepaar d'Udekem und der Einquartierung herrschte gutes Einvernehmen. Bei Gager n entwickelte sich eine leidenschaftliche Zuneigung zu der Baronin, die von ihr, wie sich aus dem Briefwechsel zwischen beiden ergab, erwidert wurde. Aus dieser Leidenschaft erwuchs der Plan, den Baron zu beseitigen, da auf andere Weise eine Lösung der Ehe nicht möglich schien. Gager n kam auf den Gedanken, dem Baron einen Zweikampf aufzuzwingen. Er suchte zunächst den Kommandant des Regiments zur Unterstützung bei dem „Duell“ zu gewinnen. Als dieser schroff ablehnte, wandte sich Gager n an den Prinzen Stolberg, der, ohne weiter zu fragen, die Erfüllung der Bitte zusagte. Pfingsten 1915 hielt Gager n den Zeitpunkt für die Erfüllung seines Planes für gekommen. Das Regiment des Angeklagten war inzwischen nach der Provinz Limburg verlegt worden. Gager n erklärte dem Prinzen Stolberg, sie würden am 25. Mai früh nach dem — etwa 150 Kilometer entfernten — Schlosse des Barons d'Udekem fahren; Stolberg habe nichts weiter zu tun, als den Baron zu einer Auseinandersetzung aus dem Schlosse ins Auto zu holen. Am 24. Mai fuhren die Verurteilten im Auto nach Brüssel und von dort am 25. früh morgens in der Richtung auf Brügge weiter. Gager n hatte schon aus dem Quartier zwei Spaten mitgenommen. In einiger Entfernung von dem Schlosse ließ Gager n an einem Gehölz halten und suchte im Beisein des Prinzen einen „Rampplatz“ aus. Gager n wies den Prinzen an, den Baron, während er selbst im Auto wartete, unter den Vorwand, daß er zu einer Konferenz nach Thiel kommen sollte, ins Auto zu holen. Der Prinz handelte der Anweisung Gager ns gemäß, und der Baron setzte sich ohne Bedenken zu Gager n ins Auto, während Prinz Stolberg neben dem Chauffeur Platz nahm. Auf der Fahrt zu dem Gehölz erklärte Gager n dem Baron, es müsse zwischen ihnen ein Duell stattfinden; er begründete dies damit, daß der Baron entgegen seiner Zusicherung Waffen in seinem Schlosse verborgen und ihn — Gager n — so zur Ausstellung einer falschen dienstlichen Bescheinigung veranlaßt hätte. Der

Baron lehnte den Zweikampf ab, stieg aber mit dem Verurteilten an dem Gehölz aus dem Auto und ging hinter den beiden in den Wald. Nach der Behauptung Gager ns hat sich das weitere in folgender Weise abgespielt: Er habe dem Baron erklärt, sie mühten sich auf Tod und Leben schießen, der Baron könne zuerst schießen. Er habe sich in etwa 15 Schritten Entfernung von dem Baron aufgestellt und ihn aufgefordert, zu schießen. Der Baron habe kniend gebetet, sei wieder aufgestanden, habe aber nicht geschossen. Darauf habe er — Gager n — erklärt, wenn der Baron nicht schießen wolle, so werde er bis drei zählen und dann seinerseits schießen. Er habe bis drei gezählt und geschossen. Auf den Schuß hin kehrte der Prinz, der weggegangen war, zurück und fand den Baron mit einer Schußwunde in der Brust anscheinend leblos am Boden liegend vor, neben ihm stehend Gager n. Gager n beauftragte den Prinzen, aus dem Auto die Spaten herbeizuholen. Als der Prinz beim Auto ankam, hörte er einen zweiten Schuß fallen. Gager n behauptet, der Baron sei wieder zum Bewußtsein gekommen, worauf er ihm erklärt habe, sie mühten sich nochmals schießen. Er habe wiederum bis drei gezählt und noch einen Schuß abgegeben. Ob der Baron seine Waffe zur Hand genommen habe, wisse er nicht, nehme es jedoch nicht an. Die Sektion ergab das Vorhandensein von zwei Brustschüssen, von denen der eine nach dem Gutachten der ärztlichen Sachverständigen unbedingt tödlich, der andere ein lebensgefährlicher Lungenschuß war. Ein Raschschuß ist nach Ansicht der Sachverständigen keiner der beiden Schüsse gewesen. Gager n und Stolberg gruben dann mit den Spaten den Erschossenen ein. Die Leiche wurde im September 1915 durch einen Zufall gefunden. In dem angestregten Untersuchungsverfahren wurde Gager n, ehe sich der Verdacht gegen ihn verdichtete, eidlich als Zeuge vernommen und machte unter seinem Eide, um jeden Verdacht von sich abzulenkten, wissenschaftlich falsche Angaben.

Von Gager n wurde wegen dieser Tat im Kriege zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, jedoch im Jahre 1918 amnestiert. Er lebt derzeit im Auslande. — Das „Berliner Tageblatt“ wird jetzt von einem Leser darauf hingewiesen, daß ein Freiherr von Gager n bei der Ermordung Gustav Landauer s beteiligt war. Er hat als erster mit seiner Reitpistole auf Landauer eingeschlagen und ihn zu Boden geworfen. Wegen Gefangenennahmung wurde er deswegen zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Es wäre von Interesse festzustellen, ob diese beiden Herren von Gager n identisch sind.

Zum Schutze der Ernte gegen Funkenflug. Ähnlich wird verlaunt: Es kommt in letzter Zeit häufig vor, daß Funken der Lokomotiven, auf Stopfpelldern fallend, über den Boden auf das dort gelagerte Getreide übergreifen. Um die hierdurch entstehenden leicht vermeidlichen Schädigungen tunlichst hintanzuhalten, wird allen Landwirten dringend empfohlen, das bereits geschnittene Getreide 10 Meter weit von der Bahnstrecke zu entfernen und das Stopfpelld mit Schutzbüscheln durchzuquaden, welche parallel der Eisenbahnstrecke laufen, damit dem Feuer Einhalt geboten werde. Die Schutzbüscheln sind insbesondere rings um das auf dem Felde bereits gelagerte Getreide zu ziehen. Das Getreide, welches sich an den Bahnstrecken befindet, ist zu bewachen und womöglich bald abzuführen. In gleicher Weise ist für die Sicherheit der Wälder Sorge zu tragen. Trockene Blätter, Zweige und Gras sind aus dem Feuerrohre zu entfernen; es wird empfohlen, zwischen der Bahnstrecke und dem Walde einen Schutgrabens auszuheben. Die Bahnverwaltungen haben alle möglichen Maßnahmen getroffen, um dem Funkenflug zu steuern, auch eigene Brandbegehrungswachen errichtet. Die Nichtbeachtung dieser Bestimmung unterliegt den Strafbestimmungen des § 450 Str.-Gef.

Errichtung von Eisenbahnwerkstätten in Pöbram. Die Silberbergwerke von Pöbram stehen vor der Einstellung. 500 Arbeiter sollen entlassen, bezw. pensioniert werden. Statt ihrer werden bis Ende I. J. nur etwa 20 neue Arbeiter aufgenommen werden. Um der Stadt Pöbram einen Ersatz für das Eingehen der Bergwerke zu schaffen, ist die Errichtung von Eisenbahnwerkstätten projektiert. Eine vor einiger Zeit in Pöbram abgehaltene Interessentenversammlung hat beschlossen, durch eine Abordnung den Präsidenten der Republik zu ersuchen, daß er die Bewilligung für den Bau der Eisenbahnwerkstätten beschleunigen möge.

Errichtung einer meteorologischen Station in Saaz. Die Meteorologische Staatsanstalt in Prag hat auf das Ersuchen des Landwirtschaftlichen Bezirksvereines Saaz um Errichtung einer meteorologischen Station zweiter Ordnung in Saaz bekanntgegeben, daß sie bereit ist, in Saaz eine meteorologische Station zu errichten. Als Beobachter wurde Prof. Wipermann vorgeschlagen. Die Ausrüstung kann jedoch mit Rücksicht auf den Mangel an Instrumenten erst mit der Zeit vervollständigt werden.

Mord in einem karpathischen Baderort. In dem kleinen Baderort Kelen in Karpathenland haben vier unbekannte Täter, die mit Soldatenuniformen bekleidet waren, den reichen Fuhrwerker Kleimann, seine Frau und ein achtjähriges Töchterchen ermordet. Kleimann hatte sich oft seiner Wohlhabenheit öffentlich gerühmt, was die Aufmerksamkeit der Verbrecher auf ihn gelenkt haben dürfte. Das Verbrechen hat unter den Badergästen natürlich große Aufregung hervorgerufen.

Rückgang der Typhusepidemie in Prag. Wie die Gesundheitsabteilung der politischen Landesverwaltung mitteilt, wurden vom 8. bis 12. August aus Groß-Prag in das Weinberger Krankenhaus 15 Personen mit Typhuserkrankungen eingeliefert. Im gleichen Zeitraum wurden 15 Typhuskranke aus dem Krankenhaus geheilt entlassen. An Typhus starb Dr. Lederer. Neue Erkrankungen von Studenten waren nicht zu verzeichnen. In das Allgemeine Krankenhaus wurde ein Typhusfall eingeliefert.

Alexheim.

Eine Geschichte aus dem alten Oesterreich zunächst. Alexheim ist ein mächtiger Herrensitz eine Wegstunde von Salzburg, da noch die Bischöfe auch die Regenten Salzburgs waren. Aus dieser Zeit stammt das herrliche Sommerschloß im Alexheimer Park. Kaiser von Erlach hat es erbaut und Bischof Wolf Dietrich war es, der hier Hof hielt: wirklich Hof hielt, so wie alle die Fürsten seiner Zeit, um die Nacht dadurch zeigen und den Weibern zu dienen, die auch des Bischofshofes Schmutz und Fierde waren. Weit hinaus über das Land fliegt von der Terrasse des Sommerschlösses der Blick, hin zunächst zur Feste Hohensalzburg, der einst viel umstrittenen, und darüber hinaus bis zu den Felsmauern und Firnen im Süden. Reich ist Salzburg an schönen Blicken, zu den schönsten aber zählt dieser von der Terrasse, der dem mächtigen Bischof die Verabingung gab, daß er hier ungestört die Freuden des Hofes und der Liebe genießen konnte. So oft sein Blick auf die Feste fiel, konnte er denken, daß hinter ihren dicken Mauern seine Widersacher gefangen seien. Heute haufen Proletarier in der Festung und eine kleine, ganz kleine Wachabteilung unserer Wehrmacht. Einst war aber Hohensalzburg der Sitz der Macht, auch die Stierwafelerlegende hat hier ihren Schauplatz. Einmal, so erzählt die Legende, seien die belagerten Feinde besonders hartnäckig gewesen und fast verzweifelt schon die in der Festung eingeschlossenen Krieger und Bürger. Da griffen sie zu einer List. Der Feind mochte damit rechnen, daß er die eingeschlossenen aushungern werde. Darüber sollte er getäuscht werden. In der Tat war ja schon alles Vieh aufgezehrt. Nur ein Stier war noch da. Er graste als letzter Schatz der Belagerten noch täglich auf dem Festungswall. Er sollte nun helfen, die Feinde zu täuschen. Täglich bekam der Stier einen anderen Anstrich. Bald war er weiß, bald schwarz, braun oder scheidig. Am Abend aber mußte er wieder abgewaschen werden, um am nächsten Morgen im neuen Farbenkleid erscheinen zu können. Die Feinde ließen sich wirklich täuschen und zogen ab. Seither aber heißen die Salzburger „Stierwafeler“, die Festung aber mit ihren aus dem Felsen wachsenden Mauern, mit diesem fast in eins verschmolzen, galt als unüberwindlich. So konnte denn der Bischof beruhigt auf Alexheim von seinen Sorgen ausruhen. Wie ein Symbol grühte Hohensalzburg herüber zum Sommerschloß inmitten der herrlichen Parks.

Dann wurde Alexheim ein Besitz mehr der Habsburger, der Erben, Eroberer und Räuber so vieler Schlösser. In allen Gauen des alten Oesterreich hatten sie solche Sitze; Sommerpaläste, Jagdschlösser, Residenzen, ewig unbewohnt und unbenuzt, nur ab und zu auf einige Tage den „hohen Herrschaften“ dienend, wenn „höchstdieselben geruhten“ zu erscheinen. Anders mit Alexheim, das wurde eines Tages aus seinem Dornröschenschlaf gerissen. An dem alten österreichischen Hof gab es einen alten Prinzen, den Bruder Ludwig Viktor des alten Franz Josef. Dieser Prinz war neugefesseltlich veranlagt. Da das österreichische Gesetz die Päderastie verfolgte, so mußten auch die gegen den Erzherzog einlaufenden Strafanzeigen vom Kaisergericht, in dem der Kaiser Recht sprach, verfolgt werden. Sie führten dazu, daß Ludwig Viktor schließlich verbannt wurde, als zu viele solcher Geschichten ruhmbar geworden waren. Sein Verbannungsort war Alexheim. Hier brauchten nur noch dem Wunsch des „hohen“ Kranken die zu seinem Liebesbetrieb nötigen Wäber eingebaut werden und die Verbannung konnte beginnen. Sie war nicht so schrecklich. Außer dem Sommerschloß stand dem Prinzen noch das Winterschloß, ein einstöckiger, nach dem Süden liegendes Bau zur Verfügung und auch für ein Gefängnis war gesorgt. Mitten in den verschwiegensten Teil des Parks ist ein kleines, zierliches Schloßchen hingebaut, das „Hospitäl“. Auch ihm fehlt nicht das zwei Meter tiefe Wannenbad ganz eigener Bauart. In dieses reizende Badhaus wurde der Erzherzog in „Arrest“ geschickt, wenn beim Kaiser wieder einmal eine Anzeige eintraf. Es waren immer so ziemlich dieselben Menschen, die dem Erzherzog zuerst die Opfer zutrieben und dann die Anzeige erstatteten. Sie bewiesen so nach allen Seiten hin ihre Unenibehlichkeit und sicherten sich selber ihr üppiges Kavaliersleben.

Und nun eine Geschichte aus dem neuen Oesterreich. Schließlich starb Erzherzog Ludwig Viktor. Die Schlösser blieben mit ihren immensen Kunstschätzen unter der obersten Behütung eines Bruders des Barons Gausch und dieser behütete die Schlösser so gut, daß sie womöglich nie aus dem Dornröschenschlaf hätten erwachen sollen. Es war auch zu schön, oberster Herr von Alexheim zu sein. Da schien es eines Tages anders kommen zu wollen. Ein englisches Hilfskomitee war von dem damaligen Leiter der Wiener Jugendfürsorge auf Alexheim aufmerksam gemacht worden, als es die Absicht äußerte, für Wiener Kinder eine dauernde Erholungsstätte zu errichten. Und die Engländer waren bestens Willens. Aber weniger guten Willens waren die christlichsozialen Gewalthaber des Landes, dem das Schloß beim Umsturz zugesallen war. Sie machten den Engländern solche Schwierigkeiten bei der Vertragschließung, daß der größte Teil der Latkraft des Komitees darauf ausging und die Lust mehr und mehr erlahmte, für Menschen zu schaffen, die es einem so schwer machten, ihnen gutes zu tun. Eines Tages zogen sie sich zurück und ließen das Werk mitten in der schon begonnenen Arbeit stehen. Das war 1921. Damals war das Winterschloß schon geräumt gewesen und es wurde schon für die Zwecke eines Kinderheimes hergerichtet. Die vielen Kunstschätze waren samt den herrlichsten des Sommerschlösses gegen Schweizer Franken aus Ausland verkauft worden und Kaiser Karl konnte mit ihrer

Hilfe seine Pläne schmieden, sich die österreichische Weltkult nachmals zu erobern. Das Geld von Alexheim hat ihm wenig Mühe gebracht. Er verpuffte es in seinen Abenteuer. Es waren viele Millionen Schweizer Franken.

Und wieder schlief Alexheim. Bis zum 6. August 1922. Da erwachte es zu neuem Leben. An diesem Tage erfüllte seinen Park wieder der Jubel eines Kindertausend. Das kam so. Der Arbeiterverein Kinderfreunde für Oesterreich veranstaltete heuer zum erstenmal zwei Sommerkurse für seine Amtswalter. Sie sollen in gegenseitiger und in der Aussprache mit den Lehrern der Erzieherische des Vereines im Schloß Schönbrunn die Erziehungsformen gewinnen, die sich der Verein durch seine praktische und theoretische Arbeit bereits erobert hat. Erziehungslehre und Organisation, Hygiene und Naturwissenschaften, Handfertigkeitsunterricht und Spiel im Freien, Buchereidunde und Bibliothekswesen sind die Gegenstände, über die in dieser Schule gesprochen wird oder die praktisch geübt werden. Und für diesen Zweck hat der rührige Salzburger Landesverein durch seinen Obmann, den Landespräsidenten Breitenfelder, Alexheim auf zwei Monate gepachtet. Nur das Winterschloß. Aber es reicht aus, um die dreißig Kursteilnehmer zu beherbergen und für die verschiedenen Unterrichts-zwecke die Räume zu gewinnen. In den weißblauen Postertischen der erzherzoglichen Zeit — der Weiskblau-Kurt war eine der Marotten des Erzherzogs — sitzen nun Proletarier und Proletarierinnen aus den Westalpen und folgen dem Vortrag der Lehrer oder besprechen mit ihnen das Gehörte. Auf dem weiten Schloßplatz vor dem Sommerschloß aber spielen sie mit den Kindern von Liefering, Maglan, Ronntal oder Salzburg. Diese kommen Tag für Tag, um spielend Ferien zu genießen und dabei doch auch die lebendigen Delfer zu sein, ohne die eine Unterweisung im Jugendspiel nicht möglich ist. An diesen Scharen werden die Amtswalter lernen, wie man mit Kindern spielen soll, was man alles mit ihnen spielen kann. Und zur Belohnung gibt es dann ein erquickendes Bad in dem großen Bade- und Schwimmbassin mitten im Park, lauschig umspunnen von allerlei Geranke, und dann eine kräftige Jause, bei deren Verbeischaffung des Obmanns zweite Seele, die Genossenschaftsseele, kräftig mitwirkt.

So kann man sich also denken, was denn am ersten Augustsonntag in Alexheim für ein Fest war. Am Vormittag gab es im Moarteum schon die Jugendweiche der Salzburger Kinder, das Fest, womit die Kinderfreunde ihre „arbeitsmündig“ gewordene Jugend in das Leben der Erwachsenen einführen, und am Nachmittag wollte ein mächtiger Zug von gut zweitausend Erwachsenen und Kindern nach Alexheim hinaus, um mit einem Kinderfest die Schule der Väter und Mütter und älteren Schwestern und Brüder zu eröffnen. Und durch alle Reden, die des Landesobmanns, die des Landeshauptmanns Robert Preußler, wie die des Reichsobmanns der Kinderfreunde und die letzte endlich, die des Leiters der Schule, Ranig, klang eine große Hoffnung, die, daß es der proletarischen Kraft gelingen möge, diese herrliche Stätte dauernd für das Erziehungswerk des Proletariats zu gewinnen. Dann wäre Alexheims Dornröschenschlaf dauernd überwunden. Aber eine andere Welt wäre es, die neue Welt, die hier Einzug hielte. Das sind noch Träume. Vorläufig wollen wir uns der Wirklichkeit freuen, die uns die neueste Geschichte von Alexheim gibt. Die Saat von Alexheim wird aufgehen.

Salzburg, 8. August.

Max Winter.

Die Bibliothek ist auf drei Monate geschlossen.

Diese Mitteilung lesen wir in den Sommermonaten beinahe in allen Parteiblättern. Gleichsam als Entschuldigung wird beigefügt, daß es dringend nötig ist, die Inventur vorzunehmen oder, es muß eine Neueinteilung der Bücherbestände vorgenommen werden. In den meisten Fällen ist das Schließen der Bücherei doch nur aus Gründen der Bequemlichkeit erfolgt, weil man dem Bibliothekar einredete, daß in den Sommermonaten niemand Bücher lesen will. Und wenn sich Leserchaft und Bibliothekare diese Vorstellung gegenseitig einsagen, so geschieht es schon, daß beide Teile daran glauben und die Bücher hübsch in Ruhe lassen. Gegen eine Büchereischließung, die aus diesen und anderen Gründen erfolgte, haben alle Bildungsfunktionäre der Arbeiterschaft energig Stellung zu nehmen.

Wer innerhalb der Arbeiterschaft im Bildungswesen tätig ist, wird bestätigen, wie schwer es ist, die Arbeiter als ständige Leser guter Bücher zu gewinnen. Ein verständiger Kaufmann wird seinen Verkaufsladen niemals auf drei Monate schließen, weil er sich einredete, daß die Kundenschaft im Sommer nichts einkauft oder daß man eine Inventur vornehmen muß. Er weiß, daß durch das Schließen des Geschäftes die Kunden verloren gehen. Um wieviel mehr schadet aber die Schließung der Bibliotheken dem gesamten Bildungswesen der Arbeiterschaft; die mit vieler Mühe erworbenen Leser gehen wieder verloren. Der Arbeiter, der, solange er gute Bücher las, die Schenke nied, findet diese wieder, die Arbeiterin, die dem Buche zuliebe auf das Kino verzichtete, begeißert sich neuerdings an den Kinodamen oder sie geht wieder in die Kirche. Wenn dann die Bücherei nach drei Monaten wieder geöffnet wird, wundert sich der Bibliothekar, daß trotz der neuen Einteilung und der Inventur kein einziger Leser oder nur hier und da einer nach Büchern kommt. Dann geht das Mörgelein über den Unterhand der Wassen wieder an. Es gibt Fälle, wo der Bibliothekar den Organisationen

mittelt, daß er seine übernommene Arbeit niederlegt, weil die Leser diese Arbeit nicht zu schätzen und zu würdigen wissen. Wird daraufhin ein anderer Genosse als Buchwart bestimmt, so ist dieser insstande, die geringe Ausleihe auf die durchgeführte Neueinteilung zurückzuführen und geht nun daran, das eingeführte Kartensystem durch Inventurbücher zu ersetzen.

Der geschulte Buchwart der Arbeiterbücherei wird einer Schließung der Arbeiterbücherei nur zustimmen können, wenn bauliche Veränderungen des Büchereiraumes vorgenommen werden oder wenn durch eine Epidemie im Orte, aus sanitären Gründen, die Ausleihe der Bücher unterbunden werden muß. Die Inventur einer Arbeiterbücherei kann jederszeit vorgenommen werden, ohne daß die Ausleihe eingestellt wird. Voraussetzung dafür ist, daß die Bücherei nach dem Einheitsystem der Arbeiterbüchereien eingerichtet ist. Die Vornahme der Inventur ist dann eine Spielerei. Nachdem die Arbeiterbibliotheken in vielen Orten ein- oder zweimal wöchentlich geöffnet sind, so ist an den anderen Tagen zur Vornahme der Inventur genügend Zeit. Eine nach dem Einheitsystem eingerichtete Arbeiterbücherei macht eine Neueinteilung nach der Inventur nicht notwendig. Schließt aber ein Buchwart die Bücherei nur aus dem Grunde, die ausgeliehenen Bücher endlich wieder einmal von den Lesern zurückzuhalten, so beweist diese Vorgangsweise, daß er das Mahnverfahren nicht durchgeführt hat. Wird das Mahnen richtig durchgeführt, so werden die Leser zur ordentlichen Abgabe der Bücher erzogen und der Buchwart wird in der Bücherei Ordnung haben, die seine Arbeit sehr erleichtert.

In vielen Bezirken sind noch keine Buchwarturke abgehalten worden. Es wird Aufgabe der Bezirksbildungsämter der Partei sein, solche Kurse abzuhalten, um die Buchwarturke zu unterrichten, daß sie der Bildungsarbeit der Arbeiterklasse wirkliches Helfer und nicht Hemmnisse sind. Der gesamte Buchwart schließt seine Bücherei nie auf drei Monate.

französischen Art und Kultur Abbruch getan worden sei.

Kinder, die den Vater des Nordes beschuldigen. Vor dem Schwurgericht in Chicago spielte sich kürzlich ein eigenartiges Drama ab: Vor Gericht stand ein Mann, der seine Frau ermordet hatte. Da keine anderen Zeugen zugegen gewesen waren, so hoffte er, freigesprochen zu werden, weil er bestimmt damit rechnen konnte, seine Kinder würden aus Furcht vor ihm schweigen. Beim Verhör blühte jedoch der elfjährige Junge an seinem Vater vorüber, als ob er ihn nie gesehen hätte und sagte aus, daß der Vater die Mutter mißhandelt habe. Am Abend selbst aber habe er geschlafen und von dem Vorgang weder etwas gesehen noch gehört. Das vierzehnjährige Mädchen dagegen schloß zitternd und mit leiser Stimme, es habe den Vater gebeten, die Mutter nicht zu schlagen. Dennoch habe er blühend einen kräftigen Stoß nach der Mutter geführt, worauf sie umstürzte. Dann habe sich der Vater an das Mädchen mit den Worten gewandt: „Nun bin ich zufrieden; ich habe ausgemacht, was ich mir vorgenommen hatte.“ Aufgrund dieser Zeugenaussage wurde der Mörder seiner Frau zum Tode verurteilt. Das Todesurteil wurde jedoch mit Rücksicht auf die Kinder, die der Gedanke, ihren Vater auf den elektrischen Stuhl gebracht zu haben, unfähig unglücklich machen müßte, in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt.

Hebung gesunkener Schiffe. Auf der Werft der Norddeutschen Union-Werke in Hamburg ist am 1. August ein neuer Vergungsleichter vom Stapel gelassen worden. Es handelt sich um ein bedeutendes Versuchsschiff von etwa 1000 Tonnen Wasserdrängung. Mittels dieser Vergungsleichter hofft man die Hebung gesunkener Fahrzeuge, die durch die hohen Preise für alles Schiffsbaumaterial außerordentlich wichtig geworden ist, mit weit größeren Erfolgen als bisher durchführen zu können. Die neuen Vergungsleichter bestehen bei ganz besonders kräftiger Bauart lediglich aus ungeheuren Tanks, die mit sehr starken Pumpen und Hilfsmaschinen ausgerüstet sind. Gesunkene Schiffe werden zwischen zwei solchen Vergungsleichtern befestigt, nachdem die Leichter durch Ballastlasten aller Tanks fast ganz versenkt sind. Danach arbeiten die Pumpen und entleeren sämtliche Tanks in knapp einer Stunde, so daß mit einer Kraft von 2000 Tonnen das gesunkene Schiff angehoben wird. Dieser Vorgang wird solange wiederholt, bis das gesunkene Schiff genügend abgehoben ist und leer gepumpt ist. Man hofft mittels der neuen Vergungsleichter von mehreren Milliarden, namentlich die in der Nähe von Küsten versenkten Schiffe zu retten.

Kleine Chronik.

Eine verheerende Explosion. Durch eine in der Umgebung von Fort de France erfolgte Explosion alten Pulvers wurden sämtliche Arbeiterhäuser vernichtet und einige Fabriken beschädigt. Einige Personen wurden getötet, mehrere verletzt.

Großer Waldbrand in Nordafrika. Seit sechs Tagen vernichtet ein Waldbrand die schönsten Waldbestände in der Gegend zwischen Bone und der ägyptischen Grenze. 20.000 Hektar sind bereits vernichtet. Trotz aller Maßnahmen breitet sich das Feuer aus. Eine Abteilung algerischer Schützen wurde an Ort und Stelle zur Bekämpfung des Brandes entsandt. Die öffentliche Meinung führt den Brand auf Brandstiftung zurück.

Ein neues Goldland. Ein Strom von Goldsuchern, dessen Flut an die Tage des kalifornischen Goldfiebers erinnert, ergießt sich zurzeit in den Abor-Creeks-Bezirk von British-Columbia. Hunderte von Abenteuerern hatten in diesem Frühjahr auf die Schneeschmelze gewartet, um mit ihren Schürungen zu beginnen. Die Arbeitszeit ist hier günstiger als in den bisher überschommenen Yukon-Bezirk, da man hier während der Sommermonate ununterbrochen arbeiten kann. Der kleine Ort Williams-Lake, der vor den Goldfunden ein weltberühmtes Dorf war, ist in drei Monaten zu einer Stadt herangewachsen und hat seine Einwohnerzahl verdoppelt. Die Häuser stehen wie Pilze aus der Erde; denn es vergeht kein Tag, an dem nicht jeder Zug Scharen von Goldsuchern heranbringt.

Kinderimport. Wie man weiß, ist Frankreich schon längst infolge der sinkenden Geburtenzahl von Entvölkerung bedroht. Noch nie zuvor hat aber eine Volkszählung so beunruhigende Ziffern aufgewiesen, wie die vom Jahre 1921, deren Ergebnisse soeben veröffentlicht worden sind und eine Gesamtbevölkerung von nur 29,2 Millionen Seelen zeigen. Die Volkszählung zeigt weiter, daß in Frankreich die Geburten die Sterbefälle nur um 140.000 jährlich übersteigen, gegenüber 200.000 in England und 800.000 in Deutschland. Noch schlimmer ist aber, daß bei weitem Enten der Geburtenziffer in dem seit dem Kriege beobachteten Ausmaß schon im Jahre 1920 die Zahl der Todesfälle die der Geburten um mehrere Hunderttausend übersteigen wird, was die Gefahr des Aussterbens der Nation in bedrohlichster Nähe rückt. Auch die eifrigste Propaganda zur Vermehrung der Kinderzahl, die die Franzosen betrieben haben, hat nichts genützt, und nun plant man, Kinder, hauptsächlich Knaben, aus anderen Ländern zu „importieren“, um dem Lande neues Blut zuzuführen, dann aber, um der Entvölkerung Einhalt zu tun. Schon in den letzten Jahren sind aus den nolleidenden östlichen Ländern zahlreiche kleine Kinder, von denen die meisten kaum über zwei Jahre alt waren, übernommen worden, aber bisher nur aus Wohlstandsgründen, um diese Kinder vom Hungertod zu retten. Erst neulich wurden tausend polnische Kinder auf die französischen Landorte verteilt. Gegenwärtig warten in Konstantinopel zwanzigtausend kleine Russen darauf, nach Frankreich verschifft zu werden. Dagegen haben jetzt aber unerwarteterweise die orthodoxen Priester Einspruch erhoben, mit der Begründung, Frankreich bekenne sich nicht zur griechisch-katholischen Lehre. Aber auch im Lande selbst melden sich Gegner gegen den „Kinderimport“ im großen. Man befürchtet, durch den fremden Einschlag einen Zuwachs, der die Rasse ungünstig beeinflusst. Die Anhänger der Idee, die etwa eine Million Kinder nach Frankreich verpflanzen möchten, betonen dagegen, die französische Kultur sei im Laufe der Jahrhunderte Einflüssen und Strömungen der verschiedensten Art unterworfen gewesen, ohne daß dadurch der typische

Der Raubbau an den Naturgütern.

Der Profit ist die einzige Triebkraft der kapitalistischen Wirtschaft, nicht nur in der Fertigungswarenerzeugung, sondern auch in der Rohstoffgewinnung. Die kapitalistische Wirtschaft fragt nicht darnach, wie die Rohstoffe gewonnen werden, ob die Art der Rohstoffgewinnung im Interesse der Volkswirtschaft, im Interesse der ganzen Menschheit vor sich geht, sondern nur darnach, wieviel Profit die gewonnenen Rohstoffe abwerfen. Die schrankenlose Profitgier führte die kapitalistische Wirtschaft zu rücksichtslosem Raubbau an den Naturgütern, der, wenn ihm nicht bald Schranken gesetzt werden, die schwerste Verarmung der Menschheit an wichtigen Rohstoffen im Gefolge haben wird, ja ferneren Geschlechtern zur fürchterlichsten Tragödie werden kann. Die Arbeiterklasse, die an dem Profit der Kapitalisten kein Interesse hat, dagegen aber auch ferneren Geschlechtern Wohlfahrt und Glück sichern will, hatte bis vor wenigen Jahren überhaupt keinen Einfluß auf die Bewirtschaftung und Gewinnung der Rohstoffe. Auch in der Gegenwart ist das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse in dieser, die ganze Menschheit bis in die ferne Zukunft berührenden Frage noch recht problematisch und keineswegs entscheidend, genau so wenig wie das der Wissenschaft. Man verübte es den Männern der Arbeit sogar, wenn sie in dieser Frage ihre Meinung äußerten und versuchten, was man wohl: „Was versteht Ihr denn von diesen Dingen? Wir sind die Benutzer und können tun und lassen was wir wollen, seid froh wenn wir Euch Arbeit geben.“ Gewiß hätten die Staatsverwaltungen die Pflicht gehabt, über die Naturschätze zu wachen, und jede Verschwendung oder Vernichtung zu verhindern. Aber die Staatsverwaltungen standen und stehen noch so sehr unter dem herrschenden Einfluß des Kapitalismus, daß sie sich gegen ihn nicht aufzulehnen getrauten, oder aus seinem Raubbau sogar Augenblicke Nutzen zogen. Es war ja auch, und ist heute, die Ideologie des Staatsbürokratismus eine kapitalistische, und fand sich wirklich ab und zu ein Mensch, der die unermeßlichen Schäden der Raubwirtschaft erkannte, dann wurde er schnell zum Schweigen gezwungen, und es bürgerte sich immer mehr das System „nach uns die Sintflut“ ein. Schließlich waren ja doch die Kapitalisten — so lag man damals und liegt man heute noch — die Steuerzahler und diesen wagte keine Regierung und keine Staatsbürokratie energisch auf die Finger zu klopfen, selbst wenn der Raubbau noch so maß- und ziellos betrieben wurde. Manche Regierung wagte wohl einer Anlauf. So entstand zum Beispiel das Forstschutzgesetz, als die Ausplünderung der Wälder schon katastrophale Formen annahm.

Man denke aber an Amerika, wo dieser Schuß nicht besteht und wo Waldflächen mehrfach so groß wie ganz Europa, mit Holzwerten von gigantischer Unermesslichkeit, einfach niedergebrannt wurden, um für Farmen oder Städte Platz zu machen. Was dort an Holz durch Jahrhunderte die Natur geschaffen, es ging verloren ohne Nutzen für die Menschheit, und von größtem Teil der ehemaligen herrlichen Waldgebiete ist auch heute

noch öde und unbebaute Steppe übriggeblieben. So war es früher auch in Europa; die kahlen Flecken des Karstes sind ein sprechendes Zeugnis für den Raubbau an seinen Wäldern. Auch seine Berge waren mit üppigen Wäldern bedeckt, wir finden die Tausendjährige Eiche noch in den jungen Braunkohlengruben zu seinen Füßen und die ungeheuren Schlammberge im Meere in der Nähe des Ufers sind Zeichen der ehemaligen üppigen Vegetation und der mächtigen Humuslager, welche einst die heute ausgebrannten Felschroffen überlagerten. Aber auch bei uns halfen die Forstgesetze nicht viel. Es ist nicht ihnen zu verdanken, daß die Karpaten noch so waldbreich geblieben sind. Nur der Mangel an Transportwegen hat die Wälder erhalten, wären die Karpaten am Meere gelegen, ebenso kahl würden sie sein wie der Karst. Niemand wird wohl bezweifeln, daß der verlorene polnische und magyarische Adel, dem diese Wälder gehörten, sie trotz Forstschutz nicht schon längst radikal abgeholzt hätte und keine österreichische Regierung hätte den Raubbau verhindert. Sehr viele Wälder verdanken ihre Erhaltung dem Jagdvergünstigen ihrer Besitzer, oft auch in Verbindung mit den Traditionen einzelner ansässiger Adelsgeschlechter, welche den Wald ihren Nachkommen erhalten wollten und deshalb eine vernünftige Waldwirtschaft einführten, indem sie erkannten, daß der Wald, bei richtiger Bewirtschaftung, zum Beispiel bei der achtzig- bis hundertjährigen Wirtschaft im Nadelwald, das heißt Schlägerung der Bestände im Alter von achtzig bis hundert Jahren und Neuaufforstung, ganz gewaltige Dauergewinne einträgt.

Trotzdem wird vielfach auch bei uns noch keine rationelle Waldwirtschaft betrieben. Die Nachforstungen werden zum Teil nicht oder nur teilweise durchgeführt, es wird in vielen Wäldern, dies gilt besonders auch von den Bauernwäldern der Waldhumus, die Nadeln und das Reifig förmlich heraustragend, um als Streu Verwendung zu finden. In solchen Wäldern stehen die Wurzeln der Bäume aus dem dürren trockenen Lehmoberboden heraus und der Wald leidet dadurch unermesslich. Auch für Anpflanzung von Unterholz, was die rationellste Düngung des Waldbodens darstellt, wird nirgends gesorgt und erst in den letzten Jahren beginnt man in Deutschland, wo viele Wälder durch den Raubbau ein geradezu erschreckendes Zurückbleiben im Wachstum zeigen, mit einer richtigen Unterholzung, hauptsächlich durch Einlegen von Eichen. Die Waldwirtschaft muß aus den Händen kapitalistischen Raubbaues befreit werden, denn den Wald müssen wir hüten für alle Zeiten, als volkswirtschaftlichen Reichtum, als Regenwasserfammelboden, als wichtigen klimatischen Schutz, als Samen für die Gesundheit der Menschen, als Augenweide und als befreienden Dom für der Menschen Gemüt.

Auch in der Landwirtschaft ist der kapitalistische Raubbau zu Hause. Wir haben nahezu gar keine rationelle Viehwirtschaft. Man läßt wachen, was wächst, mäht die Wiesen zweimal im Jahr, sorgt kaum für eine vernünftige Bewässerung und Entwässerung, geschweige denn für eine Düngung oder Nachbepflanzung. Unsere Viehwirtschaft steht noch in den Kinderschuhen, und die Bewirtschaftung der Felder ist das Gegenteil von dem, was die Wissenschaft lehrt.

Auch der Ackerbau ist zum Raubbau geworden. Der Ackerboden wird intensiv mit Spekulationsfrucht bebaut, ohne Rücksicht darauf, daß er dadurch leidet und ohne ihm die nötige Nahrung an Düngemitteln zuzuführen. Es gibt kein Gesetz, welches den Ackerboden vor diesem Feldtrebel seines Besitzers schützt, nur der Nichtbesitzer darf ihn nicht bestehlen. Die ganzen behördlichen Vorschriften, die den Boden betreffen, bestehen etwa in der Anzeigepflicht bei Vorkommen von Bodenschädlingen wie der Reblaus, und die Vorschriften der Ackerkrume, die Erdscholle, die Mutter alles Lebens. Sie soll uns und allen unseren Nachfolgern auf der Erde Nahrung geben. Sie dürfte nicht zum Spekulationsobjekt der beutegierigen kapitalistischen Wirtschaft werden, wir müßten sie hüten und warten und pflegen wie ein Heiligtum, damit sie nicht kommende Geschlechter mit Hunger bestrafe für den Raubbau, den die jetzige Menschheit an ihr begeht. Man kann nicht leugnen, daß die Agrarwissenschaft in den letzten Jahrzehnten ungeheure Fortschritte erzielt hat, daß in den Schulen, Musteranstalten und auf den Versuchsfeldern erfolgreich ausgeübt wird, wie der Ackerboden zu behandeln ist, wenn man große Erträge haben will, ohne ihn zu ruinieren. In der Praxis aber wird diese Erkenntnis nicht angewendet, das beweist die Degeneration vieler Feldfrüchte in vielen Gegenden, wie zum Beispiel die der Kartoffel und auch der Körnerfrüchte. Die alte längst überholte Dreifelderwirtschaft war noch besser als die heutige Raubwirtschaft, sie gönnte dem Boden, den sie mangelhaft düngte, wenigstens alle paar Jahre einmal Ruhe. Der einzige Erfolg, der bisher erzielt wurde, ist der, daß der Landwirt den Bedarf an Kunstdüngemitteln nicht mehr wahllos beim Händler deckt, sondern bei seiner Berufsgenossenschaft, welche die Qualität der Düngemittel doch einigermaßen überwachen kann, aber es müßte doch zuerst auch die Böden auf ihren Bedarf und ihre Eignung untersucht werden und das geschieht fast nirgends. Es müßte für eine wirkliche Regeneration des Ackerbodens ständig gesorgt werden und hunderttausendfach würde er der Menschheit die Mühe und die Investitionen vergelten. Den Kleinwirten und Häuslern müßte man helfen durch Beistellung richtiger Düngemittel, Qualitätsamen, und Maschinen, damit auch sie den Boden sorgfältig betreuen können. Ein großzügiges Reg von Entwässerungs- und Bewässerungsanlagen, eine wirkliche Melioration müßte geschaffen werden, die beim kleinen Drainageroch beginnt und in der Talperre oder Wasserstraße endet. Man müßte endlich an eine ernste Kom-

massation herantreten. Hierzu wäre gerade jetzt bei uns eine günstige Gelegenheit anlässlich der Bodenreform. Man könnte jetzt leicht erzielen, daß die Landwirte ihre Felder in der Nähe des Hauses haben, um die überflüssigen Transporte, die Zeit- und Kraftvergeudung zu besetzen und damit alle Felder rationell bewirtschaftet werden. Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Landwirt bei seinem Hause zunächst gelegenen Felder besser pflegt und mit viel mehr Liebe behandelt als die entfernt liegenden. Es läge gar nichts daran, wenn bei der Kommassation der kleinen Landwirten ein Stückchen Boden aus dem aufgelassenen Herrschaftsbesitz mehr zuziele. Die rationelle Bewirtschaftung des Ackerbodens ist ein eminent öffentliches Interesse, sie muß vor allem der kapitalistischen Spekulation entzogen und vom Raubbau befreit werden, das wäre wichtiger und besser als Agrarprobleme.

Nicht minder gefährlich für die Menschheit als der Raubbau in der Forst- und Landwirtschaft, ist der Raubbau, der an den Naturgütern, die unter den Meeren und Wäldern liegen, begangen wird, der Raubbau an den Erzen, an der Kohle, und am Erdöl. Der Erzabbau wird jeweils solange betrieben als die Vorkommen großen Profit bringen und man nennt dies „Abbaufähig.“ Dann läßt man die Gruben verfallen, ohne Rücksicht darauf, daß nach uns Generationen kommen werden, die nicht mehr so aus dem Vollen schöpfen werden wie wir. Was für die heutige kapitalistische Wirtschaft nicht mehr abbaufähig ist, ist vielleicht in hundert Jahren eine Rettung für die Menschen. Es ist ein Glück, daß die Metalle nicht so sehr der Vernichtung ausgesetzt sind, sonst wäre die Gefahr der Verarmung der Menschheit an ihnen gar nicht zu beschreiben. Geradezu verberberisch aber ist der Raubbau an Erdöl. Es wird verunstaltet in der erschreckendsten Weise und dabei wissen wir auch nicht annähernd, wie es mit den Vorräten auf unsere Erde aussieht. Die Nachrichten, die aus den amerikanischen Oelfeldern kommen, wonach eine große Anzahl von Oelvorkommen plötzlich erschöpft ist, sollten uns ein fürchterliches Memento sein. Unsere noch im Zuge des Kapitalismus schmachende Generation hat kein Recht, den Schatz, den die Menschheit am Oel hat, allein zu verbrauchen und den folgenden Generationen nichts übrig zu lassen. Das Gleiche gilt auch von der Kohle. Wenn wir zum Beispiel bedenken, daß im Ostrauer Revier Kohle noch für etwa 150 Jahre, im Weltleben also eine ganze Zeit, vorhanden ist, muß uns dies doch deutlich zeigen, daß die Kohlenvorkommen nicht unbeschränkt sind und daß wir mit all den wichtigen Erdschätzen haushalten, sparen müssen. Wir können heute in vielen, ja in den meisten Fällen auf die Verwendung von Kohle und Oel als Brennstoff verzichten. Wir haben die Pflicht, unsere Wasserkraft, die einen Reichtum von gewaltigster und unermesslicher Bedeutung darstellen, zu benutzen, um die beschränkt vorkommenden Materialien zu schonen. Darnach fragt die kapitalistische Wirtschaft nichts, sie will an den Materialien profitieren, alles andere ist ihr egal. Wir aber müssen diesem Raubbau unsere ganze Kraft entgegenstellen. Wir müssen fordern, daß mit dem großzügigen Ausbau der Wasserkraft so rasch als möglich begonnen werde, damit die Betriebe, Fabriken und Eisenbahnen ohne Brennstoffverschwendung funktionieren können. Wir müssen auch die Schaffung von Wasserstraßen betreiben, weil sie billige Transportwege darstellen. Durch ein großes Reg von Stauwerken und Wasserstraßen würde jede Hochwasserfahr beseitigt werden und es gäbe auch keine darrten Jahre mehr, weil ein idealer Ausgleich zwischen nasserarmen und wasserreichen Gebieten geschaffen würde. Selbstverständlich gehört ein ganz großzügiger Plan dazu, doch fehlt es nicht an der technischen Wissenschaft. Sie ist heute so weit, daß sie dieses gigantische Werk in Angriff nehmen kann. Es darf aber nicht behindert werden durch planlose kapitalistische Gewinnucht und Spekulation. Nur so wird dem Raubbau der kapitalistischen Wirtschaft an den Naturgütern ein Ende bereitet werden können. A. F.

Ausschneiden und einsenden!

Abonnements - Bestellschein.

Abonnieren ab _____ 192
monatlich 16 Kč — vierteljährlich 48 Kč
— halbjährlich 96 Kč — ganzjährlich
192 Kč — (nicht Zutreffendes durch-
streichen) das in Prag täglich erschei-
nende Zentral-Organ der deutschen
sozialdemokratischen Arbeiterpartei in
der Tschecho-slowakischen Republik

„Sozialdemokrat“

Verwaltung: Prag II., Havlíčková
nám., 32.

Deutlich schreiben!

Vor- und Nachname

Beruf

Ort, Bezirk

Straße und Nr.

Dem Sozialdemokrat

einen neuen Abonnenten werden, bedeutet dem Mann bürgerliche Breie eine See-e entree und dem Sozialismus eine See-e gewinnen.

!! Werbet !!

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Der Index der Kleinhandelspreise im Juni.

Die Kleinhandelspreise im Juni verzeichnen in der Gruppe I (Lebensmittel, Brennmaterial und Seife), abermals eine Steigerung gegen den Monat Mai. Der tiefste Stand war hier im Monat März erreicht, wo der Index 1414 betrug. Seitdem steigt er unterbrochen. Im April belief er sich auf 1416, im Mai und im Juni auf 1473. Die Steigerung vom Mai bis Juni ist besonders schwerwiegend, da die Indizes im ganzen Jahr 1922 noch nie so hoch waren, wie im Juni. Trotzdem die tschechische Krone ununterbrochen steigt, haben wir es hier mit einer neuen Leistungswelle zu tun. In der Gruppe II (Stoffe, Schuhe und Hüte), ist der Index der Kleinhandelspreise abermals etwas gesunken und zwar von Mai bis Juni von 1791 auf 1736. Es wird Aufgabe der kommenden Parlamentsstagung sein, Mittel und Wege zu finden, um der neuen Preissteigerungswelle Einhalt zu gebieten.

Die Pribramer Bergwerke befinden sich direkt vor dem Einstellen. Die Verwaltung der Betriebe bedient nicht weniger als 5000 Arbeiter zu entlassen. Die Stadt Pribram ist seit langem bestrebt, eine Erfindungsindustrie zu schaffen, welche der Bevölkerung Brot und Arbeit geben könnte. Es wird hier insbesondere an die eisenverarbeitende Kleinindustrie gedacht.

Keine Verbilligung von Spiritus. Die Spirituskommission teilt amtlich mit, daß die Preise vorläufig nicht herabgesetzt werden. Die Spirituskommission gedenkt nicht, dem Finanzministerium einen Antrag auf Herabsetzung der Preise zu unterbreiten, trotzdem in der ganzen Welt die Spirituspreise heruntergehen. Wahrscheinlich denkt die Spirituskommission, daß die Tschechoslowakei, was die Preise betrifft, an der Spitze marschieren muß. Daß es den Agrariern und Bankeuten, die in der Spirituszentrale sitzen, nicht im Traume einfällt, die Spirituspreise zu erniedrigen, wundert uns nicht. Verwunderlich ist, daß der Kommunist Hajš, der Vorsitzende des tschechischen chemischen Verbandes die Politik der Preistreiber widerstandslos mitmacht.

Ein Vorstoß gegen die Zwangswirtschaft. Die bürgerlichen Blätter drücken mit großem Begehren — die „Prager Presse“ z. B. unter der Überschrift: „Vollkommenes Versagen der Wiener Devisen-Ordnung“ — folgenden Wiener Drahtbericht ab: Gestern intervenierte eine Deputation der Gremiums der Wiener Kaufmannschaft beim Verkehrsminister Ddchnal, dem jetzt die Vertretung des Handelsministers obliegt, in der Angelegenheit der neuen Devisenordnung, mit welcher der freie Devisenhandel verboten ist. Bei dieser Gelegenheit erklärte Minister Ddchnal, daß die Regierung bei der Verfügung der Zwangsbeiwirtschaftung beabsichtigt hat, die Devisenverwendung für Kapitalanlagen und Vermögensverschiebungen zu unterbinden und diese Devisen dem legitimen Verbrauch, d. i. dem Handel und der Industrie, zuzuführen. Es hat sich jedoch gezeigt, daß die Situation von Handel und Industrie sich durch die Devisenbeiwirtschaftung wesentlich verschlechtert und es sei der Regierung bekannt, daß im Schleichhandel mehr Devisen als je zirkulieren. Ueber seine Anregung

hat der Bundeskanzler Dr. Seipel den Finanzminister telegraphisch von seinem Urlaube zurückberufen, um grundlegende Änderungen in der Devisenwirtschaft und Erleichterungen für den legitimen Bedarf zu beschließen. Die Erfahrung hat jedenfalls gezeigt, daß die Zwangswirtschaft vollkommen versagt hat. Diese Erklärung des Ministers paßt vortrefflich in das bürgerliche Glaubensbekenntnis von der Zwecklosigkeit und Schädlichkeit aller wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen. In Wahrheit besagt sie aber nur, daß die Profitgier jedem Gesetz gegenüber Mittel und Wege findet, es zu umgehen, und daß nicht die Absicht des Gesetzes, sondern die kapitalistischen Geschäftsmethoden schlecht und innerlich faul sind.

Getreideucher in Südbatwien. In den letzten Tagen ist der Getreidepreis im stetigen Steigen begriffen. Da die Gefahr einer neuerlichen empfindlichen Verteuerung der Lebensmittel besteht, wird in einzelnen Blättern die Erlassung eines Getreide-Ausfuhrverbotes gefordert, zumal, da die Preissteigerung nicht auf Getreidemangel, sondern ausschließlich auf die rücksichtslose Spekulation der Zwischenhändler zurückzuführen sei.

Die ungarischen Gewerkschaften gegen die Schutzzölle. Der ungarische Gewerkschaftsbund, dem sämtliche freien Gewerkschaften angeschlossen sind, hat gegen das immer mehr erstarrende Hochschutzzollsystem in Ungarn Protest erhoben. In der Resolution der Gewerkschaftszentrale heißt es: „Eine Industriepolitik, welche die Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf eine Weise zu sichern wünscht, daß sie die Einfuhr der lebensnotwendigen Bedarfsartikel durch hohe Zölle und Einfuhrverbote hindert, dient nicht der Entwicklung der Industrie, sondern: 1. fördert die Teuerung, da sie den gegen die Teuerung wirkenden Einfluß der ausländischen Konkurrenz ausschaltet, 2. zerstört die Lebensgrundlagen, da die Handarbeiter infolge der Teuerung ihren Verbrauch einschnüren müssen und der verminderte Warenumsatz eine weitere Teuerung bewirken muß. 3. Diese Handelspolitik erhöht nur den Unternehmerprofit, da Industrie, Handel und Landwirtschaft die Preise mangels ausländischer Konkurrenz nach ihrem Gutdünken festsetzen. 4. Die Hochschutzzollpolitik wird der ungarischen Industrie und dem Handel das Grab schaufeln, da sie nicht nur die Kaufkraft der Bevölkerung, sondern zuguterletzt auch die Industrie und den Handel selbst, die ohne kaufkräftigen Verbrauch nicht lebensfähig sind, zerstören wird. Dies wird die Zunahme der Arbeitslosigkeit und Auswanderung zur Folge haben.“

Arbeitsgemeinschaft im deutschen Zigaretten-Großgewerbe. Unter dem Namen Reichsarbeitsgemeinschaft des Zigarettengewerbes e. V. wurde mit dem Sitz in Berlin ein Verband gegründet, der sich zusammenschließt aus Mitgliedern des Zigarettenarbeits, der Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Spezialhandels mit Tabakwaren sowie des Zentralverbandes Deutscher Großhändler der Tabakbranche.

Exportzusammenschluß in der französischen Schwerindustrie. In den bisherigen Exportzusam-

menschlüssen in der französischen Schwerindustrie ist lt. „Industrie- und Handelszeitung“ neuerdings ein weiteres Ausfuhrkontor getreten, das in Paris, unter der Firma „Comptoir de la Boulonnerie de Chemin de fer“ gegründet worden ist. Es vereinigt die bedeutendsten Fabriken für Eisenbahnschwellen-Schrauben, Schienenmängel, Lashenbolzen und Stiebolzen, deren Abfah im Ausland es zentralisiert. Die Gesellschaft erstreckt ihre Verkaufstätigkeit nicht auf Schrauben und Bolzen von weniger als 15 Millimeter Durchmesser und Schienenmängel von weniger als 12 1/2 Millimeter Breite bzw. Durchmesser.

Kurze der Valuten.

Züricher Kurse. Berlin 0.65 1/4, Wien 0.01, Prag 13.57 1/2, Holland 204.25, New York 5.25 1/2, Budapest 0.33, Agron 1.57 1/2, Warschau 0.07 1/4, Wien gest. 0.01 1/4, London 23.45, Paris 43.12 1/2, Mailand 24.12 1/2.

Kunst und Wissen.

Der Beginn der Hauptmann-Festspiele in Breslau. Die vom 11 bis 20. August stattfindenden Gerhart Hauptmann-Festspiele, die von der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger zu Ehren des 60. Geburtstages Gerhart Hauptmanns veranstaltet werden, nahmen mit einer sehr leistungsfähig aufgeführten Aufführung von Hauptmanns „Florian Geher“ ihren Anfang. Die Jahrhunderthalle bot mit ihren ca. 10.000 Zuschauern ein eindrucksvolles Bild. Gerhart Hauptmann besand sich mit seiner Familie unter den Anwesenden. Eugen Klöpfer bot in der Titelrolle eine meisterhafte Leistung. Nach den Abschlüssen wurde vor allem Klöpfer durch großen Beifall ausgezeichnet. Am Schluß der Aufführung erschollen laute Rufe nach Gerhart Hauptmann, der leuchtend zwischen dem Regisseur Karl Heinz Martin und dem Schauspieler Klöpfer auf dem Podium erschien und den Dank des begeisterten Publikums zu wiederholten Malen entgegennahm.

Aus der Partei.

Sofalorganisation Weinberge, Ansic, Brdovice. Donnerstag, den 17. August, abend 8 Uhr Versammlung in der „Konopischier Vierhülle“, Weinberge, Kudeova 7.

Turnen und Sport.

Fußball. Heutige Wettspiele in Prag. Meisterchaft 1. Klasse: UFA. geg. Sparta Klado, Brdovice geg. Sparta Kofite. Freundschaftsspiele: Slavia geg. Meteor VIII, Viktoria Zikow geg. Radlich, Union Zikow geg. Slawoj VIII. In Siedsolum findet heute das Länderspiel Tschechoslowakei gegen Schweden statt. Es wird von einem dänischen Schiedsrichter geleitet werden. Das erste Treffen der beiden Länder fand am 13. November

1921 in Prag statt und endete mit 2-2 unentschieden. Der TTC, Budapest spielt, Zeitungsmeldungen zufolge, heute in Brünn gegen die Moravska Slavia. Die Wiener Amateure erlitten am Mittwoch in Helsingborg eine empfindliche Niederlage: sie unterlagen dem Helsingborg HC mit 1-5 (0-1). Nach diesem letzten Spiel ihrer nordländischen Reise trafen die Amateure gestern in Wien ein. In Preßburg spielt heute UFA. Pardubice gegen den 1. CSR. Bratislava, da TTC. Budapest abgefahrt hat. Am 15. August spielt Bratislava gegen TTC. Budapest. ER. Pardubice ist vorgestern nach Luxemburg und Belgien abgereist. Die Wiener Cricketer spielen heute in Brünn mit dem Brünner Sportklub. Saša Budapest spielen Dienstag in Brünn gegen Maffabi und Moravska Slavia. Der Floridsborfer AC, Wien, siegte in Berlin gegen Wacker (Tege) mit 3-0.

Schweizerische Motor-Prüfungsfahrt. Bei der internationalen sechsten Prüfungsfahrt der Motorräder, die vom 3. bis 6. August stattfand, siegte die Schweizer Mannschaft vor der englischen und der schwedischen, womit der Wunderbecher der Schweiz verbleibt. Die große goldene Medaille für das Maximum an Punkten erhielten Dinten, Gerdor Davison, Lebis Williams, Roland, Gerdor Rothenbach und Gerdor Davison.

Flugzeugwesen. Das englische Luftderby. Am 8. d. fand über dem Flugfeld von Croydon das englische Luftderby statt. Die zurückgelegte Flugstrecke betrug 200 Meilen (320 Kilometer), und zwar führte die Route von Croydon über Brooklands, Gendon, Dearford und Epping nach dem Flugplatz zurück. Das Luftderby war das siebente seiner Art; das erste fand 1912 statt, und wurde von den Engländer Sopwith gewonnen. In den früheren Jahren war Start und Ziel des Fluges in London gewesen. Der Preis für das Luftderby ist vom Königlich Englischen Aero-Club gestiftet, besteht aus einer Trophäe und einem Vorpreis von 300 Pfund. Die Bedingungen des Fluges waren recht ungünstige, da ein starker südwestlicher Wind mit Luftwirbeln blies. Den Sieg errang J. D. James, der als letzter in dem Rennen startete. Auch im vorjährigen Derby siegte James, und zwar gleichfalls auf einem Mars mit 450 PS. Napier-Dion-Motor. Seine Zeit für die 200 Meilen betrug 1 Stunde 6 Minuten 48 1/2 Sekunden. Er erreichte also die ganz außerordentliche Geschwindigkeit von über 300 Kilometern pro Stunde.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Solide Optik. Ausführung ärztl. Rezepte
M. DEUTSCH
Optiker u. Mechaniker, Prag I., Graben 25
(Kleiner Bazar).

Herausgeber: Dr. Ludwig Esch und Karl Cernak
Druck: Deutsche Zeitungs- und Verlags-Gesellschaft Prag
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß
Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Vorarbeiter

für den Ofenbetrieb einer Temporgießerei gesucht, Kenntnis beider Landessprachen erwünscht. Offerten mit Lohnansuchen und Angabe der bisherigen Tätigkeit unter Chiffre: „Temporgießerei 1000“ an die Verwaltung dieses Blattes. 1010

Gummi-Regenmäntel

von 180.— aufwärts laufen sie bestens beim Erzeuger Eng. J. Reinold, Baulsdorf bei Reichenberg. Gerlangen Sie mit starre unverbindl. bemüht. Anbot. 561

Verlangt ausschließlich
Schweineschmalz u. Schweinespeck
Marke Morris Supreme
von der
Morris Packing Company, Chicago.
Vertr.: Wih. Schlesinger & Co., Prag-Karlín.

SANA
Teemargarine
allgemeine
Konsummarke!

Amerikanische Addiermaschinen, **DALTON**
314 Rechenmaschinen
BRUNSVIGA, **MERCEDES**
Amerikanische
MONARCH-SCHREIBMASCHINEN
Vervielfältigungsapparate
SCHAPIROGRAPH
1a. Farbbänder und Karbonpapier
„Courant-Spitzmaschinen“
L. u. G. Halphen Prag
Mikuláská 22/4. Telefon 2342.
Filiale: Wien VI., Köstlergasse 6.
Reparatur aller Bureaumaschinen.

Piering-Seni u. Essig
ist der beste!
zu haben in allen Konsum-Verleinen.
Kleiner Anzeiger

Für Blumentage und Sommerfeste
offerierte meine eig. Erzeugnisse in Boketts, Anstecker, Nelken, Kornblumen, Margueritten, sowie sämtl. einzeln. Artikel und Bestandteile etc.
Oswin Ponoony, Kunstblumenfabr. Engros-Export Niederelsiedel B. N. B. S. 28 Nordböh. 1012
Inszerieren Sie im **Sozialdemokrat !!**

Altbewährt ist **Spaleks**
Czernosecker Weinstern Essig
er ist und bleibt der beste.
Weinessigfabrik
Quido Spalek Sohn, Leitmeritz.
Modernst eingerichteter Gärungsprodukt. 868

Berson
Vorsicht Kauf von **Berson** Gummiabsätzen
In der letzten Zeit aufgeauchte Nachahmungen unseres in der Qualität und Dauerhaftigkeit unerreichten echten „Berson“-Gummiabsätze, zwingen uns, das P. T. Publikum zur erhöhten Aufmerksamkeit beim Kauf von „Berson“-Gummiabsätzen zu veranlassen und aufzufordern, alle anderen Erzeugnisse, welche durch eine Ähnlichkeit in der Ausführung auf Täuschung des Publikums berechnet sind, entschieden zurückzuweisen.
Jeder echte „Berson“-Gummiabsatz muß die aus der Abbildung ersichtliche reg. Schutzmarke tragen.